

Karin Fischer M.A.

Ressourcen und Gender

**Thematische Ausarbeitung basierend auf Sekundäranalyse,
Interviews und Bewertung aus Genderperspektive**

Frankfurt am Main, April 2005

genaStudien 4

genaStudien 4

Ressourcen und Gender

Thematische Ausarbeitung basierend auf Sekundäranalyse, Interviews und Bewertung aus Genderperspektive

Karin Fischer M.A.

Herausgeberin und Endredaktion:

© **gena**net – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit & Nachhaltigkeit

LIFE e.V.

Hohenstaufenstr. 8

D-60327 Frankfurt a.M.

Fon +49.(0)69.740757

Fax +49.(0)69.740842

www.genanet.de

Frankfurt am Main, April 2005

genanet wird finanziell gefördert mit Mitteln des Umweltbundesamtes und Bundesumweltministeriums. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei der Herausgeberin.

Inhalt

Themenbereich Ressourcen: Ausgangssituation	2
A. Politikebene.....	2
Allgemeine Einordnung des Ressourcen-Begriffs	2
Ressourcen in der Nachhaltigkeitsdiskussion	3
Verwendung des Ressourcen-Begriffs in der Agenda 21.....	3
... und darüber hinaus	4
Ressourcen in der EU-Ressourcenstrategie	4
Aktionsplattform 4. Weltfrauenkonferenz Peking	6
Einschätzung von NGO-Ebene.....	6
B. In der Wissenschaft.....	6
Übergeordnete Verwendung des Ressourcen-Begriffs	6
Ressourcen-Auffassung in den Naturwissenschaften	7
Klassische Ressourcen-Ökonomie.....	7
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen	8
Nachhaltiges Ressourcen-Management	8
Zeit als Ressource	9
Ressourcen in Bildung und Sozialwissenschaften	9
Genderaspekte im Themenbereich Ressourcen	10
Kriterien für die Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen:.....	10
Zu 1.a) Zugang und Verbrauch von natürlichen Ressourcen	11
Zu 1.b) Zugang und Verbrauch von ökonomischen Ressourcen	12
Zu 1.c) Zugang und Verbrauch von sozialen Ressourcen	14
Zu 2.) Bewertung der Ressourcenthematik und ihrer Auswirkungen auf die Geschlechter .	19
Zu 3.) Gleichstellungs- und umweltpolitische Zielallianzen und -Divergenzen im Themenfeld Ressourcen.....	20
Positionierung aus Genderperspektive	21
A. In Bezug auf die EU-Ressourcenstrategie.....	21
B. In Bezug auf das „nachhaltige Ressourcenmanagement“ nach Müller-Christ.....	22
C. Handlungsbedarf im Themenfeld Ressourcen und Gender	22
ANHANG	24
Literaturliste, Quellenverzeichnis (kommentiert)	24
ExpertInnen und Organisationen zum Themenbereich.....	29
A. Ressourcen in der politischen Diskussion.....	29
B. Ressourcen in der wissenschaftlichen Diskussion	29
C. Ressourcen und Gender.....	29

Themenbereich Ressourcen: Ausgangssituation

In diesem Kapitel wird der Umgang mit dem Begriff *Ressourcen* auf politischer und wissenschaftlicher Ebene in einem ausgewählten Überblick dargestellt und erläutert, welche normativen Implikationen sich dahinter verbergen. Nach einer allgemeinen Einordnung erfolgt ein Blick auf aktuelle politische Strategien, die sich auf *Ressourcen* beziehen, wie die nationale Nachhaltigkeitsstrategie und die EU-*Ressourcen*-Strategie. Darüber hinaus wird die Einschätzung von Nichtregierungsorganisationen über den politischen Umgang mit dem *Ressourcen*begriff einbezogen, die im Rahmen der Arbeit exemplarisch eruiert wurde. Wissenschaftlich ist der Umgang mit dem Begriff *Ressourcen* v.a. von der ökonomischen Rationalität dominiert, wie an den Ausführungen zur klassischen *Ressourcen*ökonomie, den Arbeiten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen und dem Modell des nachhaltigen *Ressourcen*managements verdeutlicht wird. Im Sinne der Nachhaltigkeits-Trias, grundsätzlich ökologische, ökonomische und soziale Aspekte einer Thematik zu berücksichtigen, erfolgt zudem noch ein Blick auf die aktuelle Auseinandersetzung mit ausgewählten sozialen *Ressourcen*.

A. Politikebene

Allgemeine Einordnung des Ressourcen-Begriffs

Der Begriff „Ressourcen“¹ (HILFS-, GELDMITTEL, RESERVE LAUT BROCKHAUS 1999) wird im deutschen Sprachgebrauch in den verschiedensten Zusammenhängen verwendet und hat auf politischer Ebene in den vergangenen Jahren vor allem in Verbindung mit der Diskussion über die Verknappung der *natürlichen* Ressourcen (Rohstoffe) und die ökologische Steuerreform an Bedeutung gewonnen. Dabei scheint per se die Nutzung der natürlichen Ressourcen gemeint zu sein, wobei deren Übernutzung durch Effizienzerhöhung entgegen gewirkt werden soll. Knirsch (GREENPEACE HAMBURG) bestätigt, dass der Begriff *Ressourcen* „sehr unterschiedlich gebraucht“ würde (MÜNDL. MITTEILUNG 11/2004) und es keine „Mainstream-Beschreibung“ gäbe. Teilweise sei in Diskussionen nicht klar, ob unter *Ressourcen* Bodenschätze, Energie oder Geld verstanden würden. Darüber hinaus sei im Rahmen der Diskussionen über globale Gerechtigkeit nicht klar definiert, „wer oder was mit Ressourcengerechtigkeit“ gemeint sei. *Soziale Ressourcen* würden bislang eher auf Personalebene als „Human Resources“ angesprochen (ebd.). Dem gegenüber verwendet KLEMMER den Begriff Kapital anstelle von *Ressourcen* und erläutert, „die moderne Entwicklungsländerforschung kommt zu dem Ergebnis, dass es so etwas wie Sozialkapital gibt, das kulturelle Prägung vermittelt. (...) Nachhaltigkeitspolitik ist in diesem Sinne der Versuch der Erhaltung, Pflege und Aufstockung von ökologischem Realkapital, definiert über essenzielle, nicht substituierbare Faktoren, von ökonomischem Realkapital, definiert über die langfristig relevanten Realkapitalbestände, und von Sozialkapital, definiert über jene kulturellen Prägungen, die das Überleben einer Gesellschaft gewährleisten“ (KLEMMER, IN: BARTELMUS 2001: 60). Diese gegenseitige Abhängigkeit wird grundsätzlich auch von der bundesdeutschen Regierungspolitik gesehen. Die Nutzung der *natürlichen* Ressourcen in Form von Rohstoffen, Wasser, Boden, Luft und die damit verbundenen Auswirkungen auf die uns umgebende Umwelt, das Klima sowie nationale und internationale Märkte, Individuen und die Gesellschaft verdeutlichen die Korrelation der ökologischen mit den *ökonomischen* und den *sozialen* Ressourcen. „Weiterhin müssen bei einer Quantifizierung von Zielvorga-

¹ „Bestand an Naturprodukten, Geldmitteln, entlehnt aus dem Französischen von *ressoudre*: sich erheben, erholen; von *resugere* (lat.): *sugere*: erheben, *regere*: lenken, richten, leiten“ (KLUGE 1995: 682)

ben für die Begrenzung der Ressourcennutzung die anderen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung (Ökonomie, Soziales) einbezogen werden“ (Umweltbundesamt 2000: 143).

Ressourcen in der Nachhaltigkeitsdiskussion

Im Rahmen der bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie (vgl. DIE BUNDESREGIERUNG 2002) werden Ressourcen in der Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie gesehen, indem eine Ressourcenschonung propagiert wird, bei der die Erhöhung der Rohstoffproduktivität und der Abfallverwertungsquote, die Verdopplung der Energieproduktivität sowie die Verminderung der aus Siedlungs- und Sonderabfällen stammenden Deponierungsmengen quantitativ festgeschrieben werden. Das Umweltbundesamt hat bereits 1999 in seinen Vorstellungen eines nachhaltigen Deutschlands vorgeschlagen, dies aufzunehmen und propagiert als „ausgewählte Ziele in den fünf nationalen Themenschwerpunkten: 1. (...), 2. (...), 3. Ressourcenschonung: Erhöhung der Rohstoffproduktivität auf das Zweieinhalbfache bis 2020. Verdopplung der Energieproduktivität bis 2020. Erhöhung der Abfallverwertungsquote von 25% auf 40% bis 2010. Verminderung der aus Siedlungsabfällen stammenden Deponierungsmengen auf 10% bis 2005. Verminderung der aus Sonderabfällen stammenden Deponierungsmengen auf 80% bis 2010“ (Umweltbundesamt 1999: 49). „Wer Ressourcen- und umweltintensiv produziert oder konsumiert, muss tendenziell Nachteile in Kauf nehmen, wer sich umweltschonend verhält, wird entlastet“ (ebd. 160). Qualitätskriterien werden in Form von Umweltqualitätszielen berücksichtigt, die z.B. anhand des „Critical Load-Konzeptes“ (Umweltbundesamt 2000: 134) mit Hilfe von Schwellenwerten abgeleitet werden.² Hierbei wird wiederum deutlich, dass *Ressourcen* als strategischer Begriff verwendet wird, indem davon ausgegangen wird, dass sie a) für die menschliche Nutzung zur Verfügung stehen und b) begrenzt sind, wodurch sich die Notwendigkeit einer Effizienzsteigerung sowie der optimalen Ressourcenproduktivität ergibt, die quantitativ messbar ist.

Verwendung des Ressourcen-Begriffs in der Agenda 21

Insgesamt wird der Begriff Ressourcen im Rahmen der Agenda 21 in vielfältigen Zusammenhängen und auf unterschiedlichen Ebenen verwendet. Am Häufigsten werden die menschlichen Ressourcen erwähnt, gefolgt von den natürlichen Ressourcen und der Ressourcennutzung (vgl. BMU o.J.: 340). Angestrebt werden soll die spezifische Entwicklung und Förderung menschlicher Ressourcen, wie z.B. Arbeitskraft, Bildungs- und sozialer Stand, in Bezug auf die nachhaltige Nutzung bzw. den Schutz der natürlichen Ressourcen.

Teil II des internationalen Dokuments widmet sich der „Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung“ (ebd. 68 ff.) in Bezug auf die Umweltmedien Erdatmosphäre, Boden, Wald, Salz- und Süßwasser sowie empfindliche Ökosysteme wie Wüsten und Berggebiete. Darüber hinaus sollen die biologische Vielfalt erhalten und Biotechnologie umweltverträglich genutzt werden. Ebenso werden für toxische Chemikalien, gefährliche, klärschlammbedingte und radioaktive Abfälle Handlungsgrundlagen, Ziele und Maßnahmen aufgeführt und den Ressourcen im Sinne einer anzustrebenden Kreislaufwirtschaft zugeordnet. Dementsprechend steht die nachhaltige Verwertbarkeit der natürlichen Ressourcen durch Mensch und Technik, unter Berücksichtigung ihrer Grenzen und Belastbarkeit, im Mittelpunkt des 2. Teils der Agenda 21 von 1992. In Teil III werden die wichtigen gesellschaftlichen Gruppen genannt, deren Rolle durch die nationalen und regionalen Umsetzungen der

² „Im Rahmen des Critical Load-Konzeptes werden Schwellenwerte abgeleitet, die für den direkten Wirkungspfad (Konzentrationen) als Critical Levels, für den indirekten Wirkungspfad (langfristige Dispositionen) als Critical Loads bezeichnet werden“ (UMWELTBUNDESAMT 2000: 134)

Agenda 21 gestärkt werden sollen. Hierzu gehören u.a. die Frauen, für die in Kapitel 24 ein „globaler Aktionsplan zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung“ (ebd. 218 ff.) aufgestellt wird. Hierin wird der Zugang zu den natürlichen Ressourcen durch Gewährung besserer ökonomischer Zugangsmöglichkeiten (vgl. ebd.) als ein Ziel definiert, um Gleichberechtigung und Chancengleichheit zu erreichen.

Ressourcen gilt es demnach laut Agenda 21 umweltschonend und sozial gerecht zu nutzen als auch einzusetzen.

... und darüber hinaus

Außerhalb der umweltpolitischen Debatte geraten qualitative Aspekte durch die Einbeziehung *sozialer* Ressourcen in den Blickpunkt, die sowohl individuell als auch gesellschaftlich anzusiedeln sind. Hierzu gehören geistige und körperliche Gesundheit, Bildungsstand, Arbeitskraft, familiäre Strukturen, Netzwerke, soziale Unterstützung, Lebensalter, Zeit und institutionelle Begebenheiten (vgl. <http://www.geroweb.de> 2004, BLEISCHWITZ 1998). Auch im Umgang mit den *sozialen* Ressourcen stellt sich die Frage nach deren Funktionstüchtigkeit und materiellen Verfügbarkeit im Zusammenhang mit politischen Zielsetzungen. Im Rahmen des Nachhaltigkeitsdiskurses werden die wechselseitigen Beziehungen zwischen den drei Ressourcenebenen betont, indem davon ausgegangen wird, dass die nachhaltige Nutzung *natürlicher* Ressourcen sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat.

Ressourcen in der EU-Ressourcenstrategie

Diese grundsätzliche These bildet auch den Ausgangspunkt für die *Europäische Ressourcenstrategie*, die aus der Zielsetzung des 6. EU-Umweltaktionsprogramms heraus, eine thematische Strategie zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltauswirkungen zu entwickeln, vom Europäischen Rat initiiert und unter Vorsitz der Kommission in den beiden vergangenen Jahren entworfen wurde (vgl. KOM 2003). Hier wird davon ausgegangen, dass von der nachhaltigen Nutzung der *natürlichen* Ressourcen wirtschaftlicher Erfolg und soziale Stabilität abhängen, wobei nachhaltige Ressourcennutzung bedeutet:

(a) Gewährleistung der Verfügbarkeit von Ressourcen und (b) Beherrschung der Umweltauswirkungen ihrer Nutzung (ebd. 7).

Die *Ressourcenstrategie* konzentriert sich auf Verständnis und Lokalisierung der Verbindungen zwischen der Nutzung von (natürlichen) Ressourcen und ihren Umweltauswirkungen, um festzustellen, wo die zu entwickelnden Maßnahmen ansetzen müssen. Zielsetzung ist dabei „die negativen Auswirkungen der Ressourcennutzung auf die Umwelt - das heißt, auf Luft, Wasser, Boden und lebende Organismen - zu verringern. Um das zu erreichen, muss die Ressourcennutzung mit dem größten Potenzial für Umweltverbesserungen ermittelt werden“ (KOM 2003: 6). Letztendlich soll eine Entkopplung von Umweltauswirkungen und wirtschaftlichem Wachstum stattfinden und die Verbesserung der Ressourcennutzungseffizienz erreicht werden. Hierfür wird von einem Zeithorizont von ca. 25 Jahren ausgegangen, in dem drei strategische Komponenten umgesetzt werden sollen:

1. Sammlung von Wissen
2. Politikbewertung
3. Integration in andere Politikbereiche

Im Einzelnen schließt die Ressourcenstrategie fünf Elemente bzw. Aufgaben ein:

„Aufgabe 1: Schätzung der Material- und Abfallströme in der Gemeinschaft einschließlich Ein- und Ausfuhren, beispielsweise durch den Einsatz des Instruments der Materialflussanalyse.

Aufgabe 2: Überprüfung der Effizienz politischer Maßnahmen und der Wirkung der Subventionen für natürliche Ressourcen und Abfall.

Aufgabe 3: Festlegung allgemeiner und konkreter Ziele für die Ressourceneffizienz und die Verringerung der Ressourcennutzung wobei Wirtschaftswachstum und negative Umweltfolgen zu entkoppeln sind.

Aufgabe 4: Förderung von Gewinnungs- und Produktionsmethoden sowie Techniken, die die Öko-Effizienz und die nachhaltige Nutzung von Rohstoffen, Energie, Wasser und anderen Ressourcen fördern.

Aufgabe 5: Entwicklung und Einsatz einer breiten Palette von Instrumenten, darunter Forschung, Technologietransfer, marktwirtschaftliche und ökonomische Instrumente, Programme für bewährte Verfahren und Indikatoren für die Ressourceneffizienz.

Im Rahmen der Strategie wird auch die Nutzung marktbezogener und wirtschaftlicher Instrumente, einschließlich der optimalen Nutzung steuerlicher Instrumente zur Schaffung von Anreizen für die nachhaltige Ressourcennutzung, in Betracht bezogen“ (ebd. 24, 25).

Bei der Entwicklung von Indikatoren für die *Ressourceneffizienz* sollen auch qualitative Aspekte Berücksichtigung³ finden, weshalb in Anlehnung an die integrierte Produktpolitik sowie die Recycling- und Abfallpolitik der Gemeinschaft gearbeitet werden soll, eingebettet in einen globalen Kontext. Dabei „muss der Lebenszyklus-Ansatz der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen die ganze Zulieferungskette abdecken“ (ebd. 28). Ressourcen werden demnach als materiell, instrumentell und utilitaristisch angesehen, wobei ihre Nutzung technisch optimierbar scheint.

Mittlerweile (01/05) ist der Online-Konsultationsprozess⁴ eingeleitet, in dem die Darstellung der Strategie weniger umfangreich ist als im Dokument von 2003, dafür aber der Schwerpunkt auf konkrete Aktions- und Ressourcenmanagementpläne gelegt wird, die bis 2008 entwickelt werden sollen. Hierfür dient die Internetkonsultation der Kommission mit europaweiten ExpertInnen, Umweltorganisationen und -verbänden anhand von Fragen zu den fünf Schwerpunktkapiteln

1. Wissenssammlung ("gathering and access to knowledge")
2. Bewusstseinsbildung ("awareness raising on resources issues")
3. Indikatoren ("possibility of developing indicators for resources use")
4. Anreize für Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum ("ways to encourage progress towards decoupling")
5. Internationale Institution, die Entkoppelung - insbesondere bezüglich importierter Ressourcen - überwachen und managen soll ("the possibility of setting up an international panel on decoupling") (vgl. Fußnote ⁴).

³ „Mit dem Aufbau von Wissen wird im Rahmen der Ressourcenstrategie versucht, über quantitative Effizienz- und Belastungsindikatoren hinauszugehen, und werden ihre besonderen Erfordernisse in Bezug auf Indikatoren für aggregierte Umweltauswirkungen definiert. An der Entwicklung dieser Indikatoren wird die Kommission zusammen mit der EUA und anderen Institutionen arbeiten. Diese Aktivität wird enge Verbindungen zu der indikatorbezogenen Arbeit im Rahmen der integrierten Produktpolitik und der Recycling- und Abfallpolitik der Gemeinschaft haben“ (KOM 2003: 26).

⁴ (vgl. <http://www.europa.eu.int/comm/environment/natres/form.htm>)

Beispielsweise wird zur Entwicklung der Indikatoren für die Ressourcennutzung gefragt, ob Organisationen/Unternehmen Unterstützung aus der Entwicklung von Indikatoren über natürliche Stoffströme und ihren Umweltauswirkungen erfahren können oder welche wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Faktoren die Anwendung der Indikatoren behindern könnte. Zu 4., den Anreizen für die Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum werden die „Stakeholder“ u. a. gefragt, „What human and economical resources would be needed at the national, regional and local level for developing such plans?“ (ebd.). Hier wird also auch nach den „human“ und damit *sozialen* Ressourcen gefragt, die im Rahmen des Konsultationsprozesses von den Beteiligten festgelegt werden sollen, um Entkopplungspläne zu entwickeln. Inwiefern weitere qualitative soziale Aspekte, wie geistige und körperliche Gesundheit, Arbeitskraft, Bildungsstand, Gender, Lebensalter und Zeit Berücksichtigung in der EU-Ressourcenstrategie finden werden, hängt sicherlich von der Anzahl diesbezüglicher EU-weiter Eingaben sowohl von Seiten der Organisationen als auch der Länder ab. Dies wäre im Sinne der Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung allerdings notwendig.

Aktionsplattform 4. Weltfrauenkonferenz Peking

Im Rahmen der 4. internationalen Weltfrauenkonferenz in Peking spielte die Auseinandersetzung mit *Ressourcen* insofern eine Rolle, dass die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten von Frauen und Mädchen zu den wirtschaftlichen, den Macht- und Entscheidungs- sowie den Bildungsressourcen eingefordert wurde, um eine gerechtere Teilhabe an der gesamten Ressourcennutzung zu erreichen (vgl. BMSFSJ 1997: 7).

Einschätzung von NGO-Ebene

Nach Meier (FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG, BONN) und Günther (WWF, BERLIN) wird der Begriff *Ressourcen* regelrecht „inflationär“ verwendet (MEIER MÜNDL. MITTEILUNG 11/2004): Traditionell wurden Rohstoffe und Agrikultur als *Ressourcenpotenzial* bezeichnet, mittlerweile habe der Begriff eine Wandlung erfahren, mit der er auf menschliche Ressourcen z.B. in Bezug auf Erziehung, Bildung, Ausbildung, Arbeitskapazität etc. erweitert wurde. Die Bezeichnung „Humankapital“ verdeutliche ebenso den Bezug zur Ökonomie wie der Begriff *Ressourcenschonung*. In beiden Fällen finde eine materielle In-Wert-Setzung statt, die zu einer „Verdinglichung“ (GÜNTHER MÜNDL. MITTEILUNG 11/2004) führe. In diesem Zusammenhang stelle das „Humankapital“ die Basis dar, zielgerichtet auf einen Arbeitsplatz beispielsweise wären eine arbeitstätige Frau oder ein Mann eine „qualifizierte Ressource“ (ebd.).

B. In der Wissenschaft

Übergeordnete Verwendung des Ressourcen-Begriffs

Im Allgemeinen werden *Ressourcen* als das bezeichnet, worauf zurückgegriffen werden kann, z.B. an den Universitäten die Fachbereiche, Bibliotheken, Fachschaften, zentralen Einrichtungen etc., d.h. all das, was eine Hochschule zu bieten hat. Des weiteren findet in der wissenschaftlichen Diskussion eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Ressourcen statt, als auf politischer Ebene. Dem Begriff Ressource wird in den verschiedenen Disziplinen eine unterschiedliche Bedeutung zugeschrieben:

Ressourcen-Auffassung in den Naturwissenschaften

In diesem Feld wird der Begriff Ressourcen noch überwiegend klassisch für die natürlich vorkommenden Rohstoffe verwendet, wenngleich im Zuge der Diskussionen um Biodiversität die genetischen Ressourcen in den Mittelpunkt getreten sind (vgl. z.B. Flitner et al. 1998). Dabei wird den naturwissenschaftlichen Möglichkeiten nachgegangen, inwieweit diese genetischen Ressourcen verfügbar sind, wie sie evtl. substituiert werden könnten und welchen Wert sie für zukünftige Generationen und den Fortbestand der Artenvielfalt haben werden. Das heißt das Thema Ressourcen gerät in den Naturwissenschaften in das politisch-ethische Konfliktfeld um Verfügbarkeit, Verwertung und Bewertung – gepaart mit ökonomischen Interessen global agierender Konzerne.

Klassische Ressourcen-Ökonomie

In der Ökonomie wird sich vorrangig auf die *natürlichen Ressourcen* bezogen, die zur Herstellung von Lebensmitteln, Konsum- und Industriegütern mit der Zielsetzung Wertschöpfung und Produktivitätssteigerung genutzt werden. Aufgrund der Tatsache, dass viele *natürliche* Ressourcen endlich sind und langfristig Alternativen gefunden werden müssen, hat sich ein eigener wissenschaftlicher Zweig herausgebildet, die *Ressourcenökonomie*, die sich vor allem mit den Möglichkeiten einer maximalen *Ressourceneffizienz* beschäftigt. Im Vordergrund steht dabei, die Umweltauswirkungen der Ressourcennutzung zu minimieren, die wirtschaftliche Entwicklung hingegen zu steigern (VGL. ENDRES/QUERNER 2000, BLEISCHWITZ 1998)⁵. Hierin wird die anthropozentrische Sicht der klassischen Ökonomie deutlich, welche die *ökologischen* Ressourcen funktional im Zusammenhang mit der menschlichen Nutzung definiert und quantitative Analysemethoden entwickelt hat, um den Nutzungsgrad zu messen und zu bewerten, z.B. in Form von Diskontierung oder Stoffstromanalysen. „Die Integration von Umwelteffekten in die Ressourcenökonomie (...) zeigen, dass bereits die „gängige Theorie“ einen sehr vorsichtigen Umgang mit der Natur nahe legt. (...) Außerhalb des „Ein-Gut-Welt“ des Nachhaltigkeitsprinzips in der Forstwirtschaft kann der Begriff einer „gleichen Umweltqualität“ nicht mehr einfach durch die Konstanz der Bestände definiert werden, so dass man um die Frage, welche Umweltveränderungen aus welchen Gründen zugelassen werden sollen, nicht herumkommt“ (SACHS 2002: 95).

Als *ökonomische* Ressourcen werden Kapital, Arbeit, Güter und Produktionsfaktoren bezeichnet, die ebenfalls zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse benötigt werden. Darüber hinaus beruhen die *sozialen* Ressourcen bzw. das Sozialkapital auf immateriellen, soziokulturellen Faktoren, wie z.B. qualifizierten ArbeitnehmerInnen, einer erstklassigen Forschungslandschaft, kulturell vermittelter Offenheit und Vertrauen sowie der Fähigkeit zu kooperativen Lösungen. „Nutzung und Vermehrung dieser sozialen Ressourcen werden auch für Unternehmen zu einer Voraussetzung für einen dauerhaften Anstieg der Ressourcenproduktivität und für wirtschaftlichen Erfolg“ (BLEISCHWITZ 1998:227). Nach LUX wurde im Rahmen der Nachhaltigkeitsdiskussion der Begriff „Humankapital“ von Seiten der Weltbank eingeführt, um neben wirtschaftlichem und ökologischem Kapital auch soziale Aspekte in ökonomische Berechnungen mit einzubeziehen (LUX MÜNDL. MITTEILUNG 19.01.05). Im Gegensatz zur positiven Bewertung aus ökonomischer Perspektive ist „Humankapital“ zum „Unwort des Jahres 2004“ von einem Gremium aus SprachwissenschaftlerInnen gewählt worden, weil damit „nicht nur

⁵ „Das Kerngebiet der *neoklassischen Ressourcenökonomie* ist die Ableitung intertemporaler Optimalitätsbedingungen für die Nutzung natürlicher Ressourcen. Gemeinsam ist den Modellen (über regenerier- und nicht regenerierbare Ressourcen, ANMERKUNG DER VERFASSERIN) die Annahme einer *diskontierten* sozialen Wohlfahrtsfunktion mit unendlichem Zeithorizont, in die gemäß dem utilitaristischen Grundgedanken zwar die Nutzen aller zukünftigen Generationen berücksichtigt werden, diese aber – wegen Diskontierung – nur mit abnehmendem Gewicht einhergehen“ (STEGE, IN: FRITZ ET AL. 1995: 92).

Arbeitskräfte, sondern Menschen überhaupt zu nur noch ökonomisch interessanten Größen degradiert“ würden (SCHLOSSER MÜNDL. MITTEILUNG *tagesthemen* 18.01.2005). Dies sei zynisch und menschenverachtend.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

Das utilitaristische Grundprinzip prägt auch das *Ressourcenverständnis* des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Er beschreibt in seinem Jahresgutachten 1999 u. a. eine Abbildung, in der die Faktoren für die Berechnung des ökonomischen Gesamtwertes biosphärischer Leistungen dargestellt wird (WBGU 1999: 310) und bezeichnet z.B. genetische *Ressourcen* „als jedes biologische Material mit funktionsfähiger Erbinformation, wenn es von aktuellem oder potentiellstem Nutzen für den Menschen ist“ (ebd. 463). In seiner übergreifenden Forschungsstrategie für die Biosphäre fordert der WBGU allerdings u.a. die Bewahrung des globalen Naturerbes (vgl. ebd. 395 ff.). Darüber hinaus wird ein nutzungsintendierter Zusammenhang zwischen sozialer und ökologischer Ebene gesehen, in dem im Rahmen von Leitlinien die „Erhaltung oder Wiederherstellung der Kultur- und Sozialfunktionen genutzter Ökosysteme“ (ebd. 326) angestrebt wird.

Nachhaltiges Ressourcen-Management

Der Wirtschaftswissenschaftler MÜLLER-CHRIST hingegen unterscheidet im Rahmen seines „nachhaltigen Ressourcenmanagements“ in „Ressourcen als latente Mittel und Produktionsfaktoren als manifeste Mittel“ (MÜLLER-CHRIST 2001: 152). Demnach werden unter Ressourcen „Potenziale verstanden, die einem Nutzen zugeführt werden können“ (ebd.: 153). Für Unternehmen besteht die Gesamtheit der Faktoren aus finanziellen, physischen, organisatorischen, technologischen und humanen *Ressourcen*. Er äußert sich kritisch zum aus den USA stammenden Begriff *Human Resource Management*, bei dem „die Gesamtheit der Mitarbeiter unter dem Aspekt ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Wertigkeit“ umschrieben werden, ohne dass „explizit ausgesagt wird, welche Rationalität den Umgang mit der Ressource Mensch steuert“ (ebd. 218). Das Personal erhalte einen Objektstatus, indem es als Mittel für bereits vorgedachte Zwecke und Ziele eingesetzt werde. Dem gegenüber würden im Rahmen des *strategischen Personalmanagements* „Humanressourcen als Managementressourcen“ (ebd.: 234) mit eigenen Werten und Zielen verstanden, wodurch sie von Mitteln zu Zwecken würden und aufgrund individuellen Agierens einen Subjektstatus erhielten. Diese sich in der (Umwelt-)Ökonomie immer stärker durchsetzende Sichtweise der Input-Orientierung eines Unternehmens entspreche dem Nachhaltigkeitspostulat, alle sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren in die Unternehmensstrategie mit einzubeziehen. MÜLLER-CHRIST geht noch weiter, indem er ein nachhaltiges *Ressourcenmanagement* entwickelt, welches darauf aufbaut, dass die betrieblichen Umwelten („ökologisch, ökonomisch, rechtlich, kulturell, technologisch und marktlich“; vgl. ebd.: 379) eine Haushaltsgemeinschaft bilden, die für das Unternehmen lebensnotwendige *Ressourcenquellen* sind, in deren Erhalt (= Reproduktion) aktiv investiert werden muss. „Ein *wirtschaftsökologisch-begründeter Unternehmenserfolg* sieht die Basis des dauerhaften Überlebens von Unternehmen und ihren Umwelten in der Erhaltung ihrer Haushalts- und Ressourcengemeinschaft“ (ebd.: 354). Hierbei werden *Ressourcen* nicht als isolierte Potenziale zur Nutzenmaximierung gesehen, sondern als wichtige Bestandteile mit eigenem Wert in einer sich gegenseitig beeinflussenden Haushaltsgemeinschaft.

Zeit als Ressource

Dieser Ansatz wird auch im Rahmen der Zeit-ökologischen Diskussion bestätigt: „Ist diese (natürliche Mitwelt; ANMERKUNG DER VERFASSERIN) nicht mehr nur Ressource, sondern Mit-Leben, so wird die Berücksichtigung natürlicher Zeitrhythmen zur Selbstverständlichkeit“ (BIESECKER, IN: HOFMEISTER/SPITZNER 1999: 126). In der Literatur finden sich zahlreiche Quellen, die sich mit dem Faktor „Zeit“ auseinandersetzen (vgl. z.B. SCHLOTE 1996, ORTHEY 1998, SHAW 1998, BIESECKER 1999, HOFMEISTER 1999, REISCH 1999), insbesondere in der Soziologie und den Sozialwissenschaften wird verdeutlicht „(...), dass Zeit ein Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse und sozialer Anforderungen ist. Die spezifischen Merkmale sozialer Zeit sind: soziale Koordination, soziale Inhalte, spezifische Qualitäten und ihr Charakter als soziales Konstrukt. In der Alltagszeit von Individuen wird soziale Zeit unmittelbar erfahren. Erwerbsarbeit ist ein zentrales Strukturmerkmal dieser Alltagszeit“ (SCHLOTE 1996: 259).

„Der heute viel diskutierte Übergang von der Industriegesellschaft, die vorwiegend auf materielle Ressourcen baute, zur Informationsgesellschaft, in der immaterielle Werte wie Information und Zeit zu knappen Gütern von Anbieter und Verbraucher werden, ist eine Folge der technologischen Innovation“ (MAINZER 2002: 122). Da „die „Ökonomie der Zeit“ (SCHLOTE 1996: 267) als herrschender Mechanismus die Zeitorganisation bestimmt, wird sie zur *Ressource*.

Ressourcen in Bildung und Sozialwissenschaften

Demgegenüber werden auf dem deutschen Bildungsserver (vgl. <http://www.bildungs-server.de/db>) alle Projekte und Dienstleistungen als Ressourcen bezeichnet, die über Schule, Hochschule, berufliche Bildung, Weiterbildung, Erwachsenenbildung, Elementarbildung etc. online zur Verfügung stehen. Verschiedene Universitäten beziehen sich im Internet unter der Rubrik *politikwissenschaftliche Ressourcen* auf einschlägige Institute, Zeitschriften, Verbände und Tagungen (vgl. z.B. <http://www.gps.uni-hannover.de/ipw/ressourc.htm>), während in der Soziologie die *sozialen Ressourcen* als Beziehungen zwischen Individuen und Gruppen in Form eines Netzes sozialer Beziehungen definiert werden. Dies drückt sich in Vertrauen, Kooperation, Unterstützung, Anerkennung, Hilfeleistung, Wissen sowie Sanktionsmöglichkeiten aus (vgl. <http://www.sozionet.org/klassifikation.xml>). Darüber hinaus spricht die Soziologie „von „*social constructions*“, die gerade auch bei komplexen Wahrnehmungsgefügen wie der „Umwelt“ und ihrer Schutzproblematik konstituierend sind. Die Bewertung von Natur wird dadurch zu einem gesellschaftlichen Phänomen“ (RITTER ET AL. 2004: 251). Auch sozialwissenschaftlich wird sich auf die *sozialen Ressourcen* bezogen, die sich aus individuellen und gesellschaftlichen *Ressourcen* zusammensetzen, wie z.B. geistige und körperliche Gesundheit, Bildungsstand, Lebensalter, Zeit, Arbeitskraft, soziale Strukturen und Unterstützung sowie äußere (gesellschaftliche) Lebensbedingungen (vgl. <http://www.vibsoz.de> und www.gesis.org/information/index.htm).

Nach einer ersten Reflexion ergeben sich aus Genderperspektive nach obiger Darstellung der Ausgangssituation über den Themenbereich *Ressourcen* folgende Problem- und Fragestellungen:

1. Wer oder was wird mit dem Begriff ausgeblendet?
2. Was wird reflektiert (und was bedeutet das für die AkteurInnen)?
3. Sind die zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen allen gleich zugänglich? (Gibt es Daten und Statistiken hierzu?)
4. Wer besitzt Ressourcen?

5. Wer verbraucht welche Ressourcen?
6. Wer entscheidet über die Besitz- und Zugangsverhältnisse zu Ressourcen?
7. Welche Zielgruppen profitieren von der angestrebten Ressourceneffizienz?
8. Welcher Wert wird den verschiedenen sozialen Ressourcen zugesprochen? Hat das Auswirkungen auf die Geschlechter, z.B. in Bezug auf die Aufgabenverteilung?
9. Stellen arbeitslose Frauen und Männer Ressourcen dar?

Genderaspekte im Themenbereich Ressourcen

Auf europäischer Ebene gibt es aus Genderperspektive empfohlene Bewertungskriterien für geschlechterspezifische Auswirkungen, die auch der Analyse in dieser Arbeit zu Grunde liegen:

Kriterien für die Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen⁶:

Beteiligung (Zusammensetzung der Ziel-/Bevölkerungsgruppe(n) nach Geschlecht, Anteil von Männern und Frauen in Entscheidungspositionen),

Ressourcen (Verteilung entscheidender Ressourcen wie Zeit, Raum, Information und Geld, politische und wirtschaftliche Macht, Bildung und Ausbildung, Beruf und berufliche Laufbahn, neue Technologien, Gesundheitsversorgung, Wohnverhältnisse, Transportmöglichkeiten, Freizeitverhalten),

Normen und Werte, die Geschlechterrollen beeinflussen, Arbeitsteilung nach Geschlecht, Einstellung und Verhalten von Männern bzw. Frauen, sowie Ungleichheiten in der Wertschätzung gegenüber Männern und Frauen bzw. gegenüber männlichen und weiblichen Charakteristika,

Rechte im Zusammenhang mit direkter oder indirekter Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, Menschenrechte (einschließlich Schutz vor sexueller Gewalt und Erniedrigung) sowie Zugang zum Recht im legalen, politischen oder sozioökonomischen Umfeld.

In Teil 1 wurde deutlich, dass der Begriff Ressourcen durch die ökonomische Rationalität der Verwertung und Verfügbarkeit geprägt ist. Ressourcen sind demnach auf allen Ebenen (ökologisch, ökonomisch und sozial) knappe Güter, die es optimal zu nutzen gilt. Ausgehend von dem vorherrschenden Gesellschaftsmodell der bezahlten Vollerwerbsarbeit kommt den Ressourcen ein hoher Stellenwert zu, die das System der Ressourcennutzungseffizienz stärken. Hierbei werden Werte impliziert, die zu einem hierarchischem Verhältnis untereinander führen und nicht alle – z.B. indirekt – beteiligten Bereiche abbilden. Diese Gender Impacts werden in einer groben Sichtung unter folgenden Punkten dargestellt, die über die Eu-Kriterien hinaus gehen:

1. Zugang und Verbrauch von Ressourcen: (= *Beteiligung, Ressourcen, Normen und Werte, Rechte*)
 - a) natürliche, wie z.B. Rohstoffe, Boden oder Wasser sowie genetische *Ressourcen*
 - b) ökonomische in Form von Arbeit (Erwerbs- und Versorgungsarbeit) und Kapital
 - c) soziale, wie z.B. Gesundheit, Bildung und Zeit
2. Bewertung der *Ressourcenthematik* und ihrer Auswirkungen auf die Geschlechter
3. Gleichstellungs- und Umweltpolitische Zielallianzen und -divergenzen

⁶ (vgl. http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gender/gender_de.pdf.)

Zu 1.a) Zugang und Verbrauch von natürlichen Ressourcen

Sowohl auf bundesdeutscher als auch internationaler Ebene sind weder die Rohstoff- noch die Boden oder Wasser-Verbräuche geschlechtlich aufgeschlüsselt (vgl. <http://www.destatis.de> – nationales und internationales Jahrbuch 2004), so dass hier nur indirekt – beispielsweise aus den Daten über Haushaltstypen, Einkommensstrukturen und Flächenverbräuche - interpretiert werden kann, welche Zugänge bestehen. Darüber hinaus bilden Umfragen zu Umweltverhalten und -einstellung eine mögliche Grundlage, um abzuschätzen inwieweit sich die (ökologischen) Ressourcenverbräuche ggf. unterscheiden. So verfügen „32% der Frauen tagsüber nicht oder „eher nicht“ über ein Auto gegenüber 16% der Männer. Dagegen sind 79% der Männer hoch „automobil“ aber nur 62% der Frauen“ (GRUNENBERG/KUCKARTZ 2003: 110), d.h. es kann der Rückschluss gezogen werden, dass im Sektor individuelle Mobilität mehr Männer Zugang haben, so dass sie höhere Ressourcenverbräuche an Erdöl und Metallen haben als Frauen. Eine Studie des Instituts für sozial-ökologische Forschung belegt, dass „Männer ohne Kinder das geringste Umweltbewusstsein aufweisen, Frauen mit Kindern unter 6 Jahren hingegen das ausgeprägteste. Das „umweltfreundlichste“ Verkehrsverhalten findet sich dagegen bei Frauen ohne Kinder, das „umweltschädlichste“ bei Männern mit Kindern unter 6 Jahren. Auch beim Energieverhalten schneiden Frauen ohne Kinder am besten ab, diejenigen mit Kindern unter 6 Jahren jedoch am schlechtesten. Letztere zeigen wiederum das umweltfreundlichste Einkaufs- und Konsumverhalten, welches bei den Männern ohne Kinder am schlechtesten ist“ (UMWELTBUNDESAMT 2002: 42). Es zeigt sich also eine Wechselbeziehung zwischen Familienstatus bzw. Lebenssituation, Geschlecht und ressourcenschonendem Verhalten, so dass auch hierbei Rückschlüsse auf die natürlichen Ressourcenverbräuche gezogen werden könnten. Wobei berücksichtigt werden muss, dass die unterschiedlichen Lebenssituationen – mit oder ohne Kinder – fast notwendig andere Ressourcenverbräuche bedingen (Begleitverkehr, Waschen, Wärembedarf etc.). Darüber hinaus spielt Zeit als (knappes Gut) Ressource insbesondere beim Zusammenleben mit Kindern eine wichtige Rolle, die es effizient aufzuteilen gilt, so dass aus Gründen des Zeitmangels auch höherer Ressourcenverbrauch in Kauf genommen werden muss, indem beispielsweise Frauen, die nach wie vor den Hauptteil der Haushalts- und Kinderversorgung zu tragen haben, nicht auch noch zeitintensiver mit dem ÖPNV fahren können (siehe auch 1.c).

Es wäre allerdings zu kurz gefasst, nur auf die persönliche Ebene der KonsumentInnen und ihre Ressourcenverbräuche einzugehen. Vielmehr bestimmen Industrie und InteressensvertreterInnen globaler Märkte den ökologischen Ressourcenabbau. Auf diesen Führungsebenen ist der männliche Anteil nach wie vor höher als der weibliche, so dass von einer Dominanz der Durchsetzung männlicher Interessen ausgegangen werden kann. Ferner halten nach einem nationalen Umfrageergebnis „54% der Männer, aber nur 47% der Frauen die Natur für in Grenzen belastbar“ (Grunenberg/Kuckartz 2003: 130). Die sowohl globalen als auch regionalen „Raubbau-Syndrome“ (vgl. WBGU 1999: 32 ff.) zeigen sehr deutlich, welche Auswirkungen der auf ökonomischer Effizienzsteigerung beruhende Ressourcenverbrauch bisher verursacht hat. Dies wird auch in der Liste über die Ursachen für die Gefährdung der Biotoptypen in Deutschland (vgl. SRU 2000: 197) bestätigt. Hier werden als Hauptverursacher für die Boden-, Luft-, Gewässerverschmutzung und -eutrophierung der Meere und Küsten Industrie, Gewerbe, kommunale Abfall-/Abwasserbeseitigung und Landwirtschaft genannt sowie (industrielle) Land-/Forstwirtschaft und Massentourismus als Hauptgefährdungsverursacher für die terrestrischen und semiterrestrischen Biotoptypen.

Hinzu kommt die politische Ebene, der z.B. in Bezug auf die Übernutzung von Wäldern, bzw. ihrem Versagen beim Schutz der Waldressourcen eine tragende Rolle zukommt (vgl. WBGU 1999: 290 ff.).

Sowohl die Umsetzung der international vereinbarten Agenda 21 als auch Initiativen für völkerrechtliche Regelungen zur Sicherung der biologischen Vielfalt (ebd. 64) sollen etwas ändern, um die Arten-Biodiversität zu erhalten und genetische Ressourcen zu sichern. Auch hierbei könnte der Frage nachgegangen werden, ob dies aus einer utilitaristischen Verwertungslogik heraus geschieht oder aufgrund des Eigenwertes einer Art, wie es für die Auflösung hierarchischer Bewertungslogiken aus Gendersicht notwendig wäre.

Genderanknüpfungspunkte ergeben sich bei der Analyse urbaner Flächennutzungen und ihren ökologischen Auswirkungen, bei Gefahrstoffen und ihren gesundheitlichen Risiken⁷ (vgl. SRU 2000: 206, 407), indem untersucht wird, was diese wiederum auf unterschiedliche anthropogene Gruppen (Frauen, Männer, Kinder, ältere Menschen) für Auswirkungen haben. Im Rahmen der Neugestaltung des Umweltinformationsgesetzes (UIG) soll diese Option nach den Vorschlägen von HAYN, CENAN UND SCHULTZ mit aufgenommen werden, so dass spezielle Anfragen, wie z.B. nach zielgruppenspezifischer Ernährung, Belastung von Lebensmitteln oder Luftverunreinigung von Räumen beantwortet werden können (vgl. HAYN, CENAN UND SCHULTZ 2003: 11).

Darüber hinaus zeigen sich in der Diskussion um humangenetische Ressourcen Genderaspekte, denn „Frauen sind in mehrfacher Hinsicht die primären Adressaten genetischer Verantwortung“ (Lemke 2004: 29). Beispielsweise würde sich durch die Entdeckung genetischer Dispositionen für Brustkrebs der Status von Frauen ändern, bei denen sich spezifische mutierte Gene nachweisen lassen. „Obwohl nicht klar ist, ob die Betroffenen jemals an Krebs erkranken, erfährt doch ihr eigenes Selbstverständnis, ihr Verhältnis zu Anderen und ihre Lebensplanung eine „Mutation“. Durch die Konzeption von Krebs als einer genetisch diagnostizierbaren Krankheit wurde das, was zuvor ein unglückliches Schicksal außerhalb menschlicher Kontrolle war, zu einem vorhersagbaren Ereignis, das mit den Mitteln des genetischen Wissens beherrschbar zu werden verspricht. Die genetische Diagnostik ist daher nicht nur eine medizinische, sondern auch eine moralische Technologie, in die normative Konzepte und gesellschaftliche Werturteile Eingang finden“ (ebd. 34)

Zu 1.b) Zugang und Verbrauch von ökonomischen Ressourcen

In Bezug auf die deutschen Erwerbstätigenzahlen als Beispiel für die ökonomische Ressource **Arbeit** liegen geschlechtlich aufgeschlüsselte Daten mit der Ergänzung um Altersgruppe, Familienstand, Wirtschaftsunterbereichen und Stellung im Beruf von Seiten des Statistischen Bundesamtes vor (siehe Tabelle 1). Hierbei fällt auf, dass 10% mehr Männer als Frauen erwerbstätig sind sowie ihr Anteil an Ledigen höher ist, während mehr geschiedene Frauen als Männer berufstätig sind. Die meisten Männer und wenigsten Frauen arbeiten im verarbeitenden Gewerbe, dafür ist der weibliche Anteil im Dienstleistungssektor sowie Handel- und Gastgewerbe deutlich höher. Auch bei den mithelfenden Angehörigen überwiegen die Frauen. Beide Geschlechter sind zum größten Teil Angestellte, Männer dominieren darüber hinaus bei den Selbständigen, den BeamtInnen sowie den ArbeiterInnen. Im Vergleich zu den 10% mehr männlich Erwerbstätigen, sind nur 0,8% weniger Frauen erwerbslos, so dass die tatsächliche weibliche Arbeitslosenquote über der männlichen liegt. Direkten Zugang zur und damit Macht über die ökonomische Ressource (Erwerbs-)Arbeit haben also mehr Männer.

⁷ Beispielsweise chronische Lungenerkrankungen oder Lungenkrebs, die durch Staubexposition am Arbeitsplatz auftreten können, wovon erheblich mehr Männer betroffen sind als Frauen, da es sich um Metall verarbeitende Industrie, sowie Hoch-, Tief und Bergbau handelt. Im Umweltgutachten des SRU wird diese männliche Exposition anhand der Auswertung einer Untersuchung über das Lungenkrebsrisiko für Berufskraftfahrer bestätigt (vgl. SRU 2000: 421). Demgegenüber sind Frauen, die nach wie vor den größten Teil der Hauswirtschafts- und Versorgungsarbeit übernehmen sowie Kinder und Ältere von den Emissionen in den privaten Haushalten stärker betroffen (z.B. aus Heizungsanlagen und Elektrogeräten).

Tabelle 1: Auswahl an Strukturdaten über Erwerbspersonen und Erwerbstätige in % im Mai bzw. September 2003 (EIGENE DARSTELLUNG NACH STATISTISCHEM BUNDESAMT 2004: 74 ff.)

%	Insgesamt	Davon Deutsche	Davon AusländerInnen	Davon Männlich (m)	Davon Weiblich (w)
Erwerbspersonen	100	90,9	9,1	55,5	44,5
Ledig	32,3	33,2	23,9	34,8	29,3
Verheiratet	58,3	57,2	68,6	58,2	58,3
Geschieden	7,8	7,9	6,3	6,3	9,6
Verarbeit. Gewerbe	23,1	22,5	30,5	30,2	14,4
Bau-Gewerbe	7,2	7,2	7,0	11,4	2,1
Handel / Gastgewerbe	17,4	16,8	24,3	14,2	21,3
Dienstleistungen	22,5	23,0	17,2	12,7	34,7
Selbständige	10,4	10,4	9,6	13,4	6,6
Mithelf. Fam.-Angeh.	1,1	1,1	1,0	0,5	1,8
BeamtInnen	6,2	6,7	0,5	7,3	4,8
Angestellte	51,5	52,9	36,3	40,6	65,0
ArbeiterInnen	30,9	28,9	52,7	38,2	21,8
Erwerbslose*	9,6	-	-	10,0	9,2

Bei der Auswertung der wöchentlichen Arbeitszeit (siehe Tabelle 2) wird das Bild aus früheren Untersuchungen (vgl. z.B. HOFMEISTER ET AL. 2002, DIE BUNDESREGIERUNG 2002) bestätigt, dass Teilzeitbeschäftigung bei den Frauen überwiegt, während mehr Männer vollerbwerbstätig sind. Ein deutlicher Anteil der Männer arbeit sogar mehr als 45 Stunden pro Woche, so dass sich die Frage stellt, ob nach Abzug von Fahrtweg- und Regenerationszeiten noch Reproduktionsarbeiten in Haushalt und Familie übernommen werden können. Es liegt nahe, davon auszugehen, dass diese Tätigkeiten auf die (Teilzeit-) erwerbstätigen Frauen zurückfällt, was wiederum Auswirkungen auf deren Zeitressourcen und finanzielle Ressourcen hat (siehe 1.c).

Tabelle 2: Auswahl an Strukturdaten über die durchschnittlichen Wochenarbeitsstunden in % im Mai 2003 nach Geschlecht (EIGENE DARSTELLUNG NACH STATISTISCHEM BUNDESAMT 2004: 77)

%	< 21 h	21 – 39 h	40 – 44 h	> 45 h
Wochenarbeitsstunden (m)	5,2	41,8	36,4	16,6
Wochenarbeitsstunden (w)	28,9	44,5	21,5	5,1

Die ökonomische Ressource **Kapital** wird auf individueller Ebene für die meisten Menschen in erster Linie von den Einkommen durch Erwerbsarbeit bestimmt. Bei der Auswertung dieser Strukturdaten (siehe Tabelle 3) bestätigt sich die Dominanz der Männer – die insgesamt längere Arbeitszeiten haben – dass sie überwiegend mehr als 1300 Euro verdienen, während der Schwerpunkt der Frauen bei den Teilzeitjobs mit Einkommen zwischen 300 bis 1300 Euro liegt. Darüber hinaus sind über 15% in sog. „Minijobs“ unter 300 Euro beschäftigt, was auf die verheirateten Frauen schließen lässt, die zum Hauptverdiener Ehemann für die Familienhaushaltskasse ohne Sozialversicherungspflicht dazu verdienen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass 10% der Vollerwerbstätigen Frauen gegenüber 4% der Männer über ein Einkommen unter 700 Euro verfügen und damit unter bzw. an der Grenze zur Sozialhilfe liegen, bei den Teilzeitarbeitenden dieser Kategorie geht die finanzielle Schere zwischen den Geschlechtern noch weiter auseinander. In etwa gleich verteilt sind die Einkommen bei den Vollzeitarbeitenden zwischen 1300 und 1700 Euro sowie den Teilzeitbeschäftigten, die 700 bis 1300 Euro verdienen. Insbesondere in der Gruppe der deutlich besser Verdienenden dominieren die Männer und verfügen somit über ein größeres ökonomisches Kapital, was sich gesellschaftspolitisch wiederum in ihren Anteilen an Industrie und Börsenkapital spiegelt.

Somit kann für diesen Abschnitt abschließend festgestellt werden, dass hinter den ökonomischen Ressourcen bestimmte (quantitativ männliche) Interessen stehen, die mit ihrer utilitaristischen Verwertungslogik zu einer „Ressourcisierung“ (WINTERFELD, MÜNDL. MITTELUNG 12.01.05) anderer Bereiche betragen und diese einer ökonomischen Bewertung zuführen (vgl. z.B. „Humankapital“, Zeit oder Reproduktionsarbeit).

Tabelle 3: Auswahl an Strukturdaten über das Netto-Einkommen in den alten Bundesländern in % im Mai 2003 (EIGENE DARSTELLUNG NACH STATISTISCHEM BUNDESAMT 2004: 76)

%	< 300	300 - 700	700 - 1300	1300 - 1700	1700- 2600	> 2600
Netto-Einkommen (m) Vollzeit	1,4	2,7	6,0	12,1	15,6	19,8
Netto-Einkommen (w) Vollzeit	4,1	5,9	12,6	11,9	8,0	6,0
Netto-Einkommen (m) Teilzeit	12,4	13,3	10,7	5,9	5,1	6,7
Netto-Einkommen (w) Teilzeit	15,7	20,5	10,3	3,4	2,1	1,0

Zu 1.c) Zugang und Verbrauch von sozialen Ressourcen

Gesundheit stellt als soziale Ressource eine der wichtigsten Grundlagen für die persönliche Lebensqualität der Menschen dar und wird in den westlichen Ländern durch eine flächendeckende staatlich gestützte Gesundheitsversorgung sicher gestellt. Dennoch gibt es einen signifikant unterschiedlichen Gesundheitszustand in den Ländern sowie den einzelnen Bevölkerungsgruppen der Europäischen Region. „Es schälte sich sehr deutlich heraus, dass sich in diesen Unterschieden im Wesentlichen soziale, ökonomische, der Umwelt zuschreibbare und institutionelle Determinanten manifestie-

ren“ (EU-Gesundheitsbericht 2002: 66). Somit kommt der Verbindung zwischen Gesundheitspolitik und anderen Politikbereichen wie Erwerbstätigkeit, Einkommensstabilität, soziale Absicherung, Wohnung und Bildung in allen europäischen Mitgliedstaaten entscheidende Bedeutung zu.

Geschlechtszugehörigkeit ist nach Kriterien der Weltgesundheitsorganisation WHO eine anerkannte Gesundheitsdeterminante, wobei geschlechtsbedingte Chancenungleichheiten das Gesundheitsrisiko erhöhen würden (vgl. ebd. 73)⁸. „Die Geschlechterrollen können das Krankheitsvorkommen bei Männern und Frauen in unterschiedlicher Weise prägen. Dasselbe gilt für die Bereitschaft, Einrichtungen der Gesundheitsversorgung aufzusuchen, sowie für die unterschiedliche Reaktion der Anbieter und wissenschaftlichen Mitarbeiter in diesem Bereich. Zweifellos bestehen geschlechtsspezifische gesundheitliche Unterschiede mit annähernd gesicherter biologischer Grundlage – und es gibt sozio-ökonomische Faktoren, die das Ausmaß dieser geschlechtsspezifischen Unterschiede beeinflussen: Frauen leben länger als Männer, aber die Doppelbelastung durch Haushalt und Erwerbstätigkeit fordert einen hohen Preis. Die Morbidität von Frauen ist höher, und zudem leiden Frauen eher als Männer unter Depressionen und Angsterkrankungen. Andererseits sind Männer stärker unfallgefährdet, und gerade der Gesundheitszustand der Männer im arbeitsfähigen Alter hat sich (...) in den letzten Jahren am stärksten verschlechtert“ (ebd. 73). Für den Bereich der Gesundheit von Frauen ergeben sich in Europa ganz unterschiedliche Prioritäten. Die Spannweite reicht von Problemen der reproduktiven Gesundheit in den östlichen Teilen der Region bis zu Herz-Kreislauf-Krankheiten bei Frauen in den westeuropäischen Ländern. Viele europäische Staaten haben spezifische Frauen-Gesundheitsprofile erstellt, dazu auch regionale oder stadtbezogene Gesundheitsprofile. Die WHO empfiehlt,

- a. „die Umsetzung von Gesetzen und Instrumenten zur Sicherung der Menschenrechte sicherzustellen;
- b. die Gleichberechtigung der Frauen europaweit und innerhalb der einzelnen Länder zu fördern;
- c. gegen die Diskriminierung von Frauen vorzugehen⁹;
- d. der frauenspezifischen Armut zu begegnen und dabei sicherzustellen, dass eine der wirtschaftlichen Erholung dienende Politik nicht die Sozial- und Gesundheitsdienste aushöhlt;
- e. eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung bereitzustellen und dafür zu sorgen, dass arbeitslose Frauen im Rahmen der vorhandenen Krankenversicherung Zugang zu Leistungen der Gesundheitsversorgung haben. Das Regionalbüro hat einen europäischen Sachverständigenausschuss¹⁰ gebildet, der in diesem Prozess begleitend, anregend, weiterführend und leitend tätig werden soll. In Forschungsarbeiten zur reproduktiven Gesundheit, zur perinatalen Gesundheit und im Hinblick auf Reihenuntersuchungen auf Brust- und Gebärmutterhalskrebs wurden Fortschritte er-

⁸ In Bezug auf Stellung und Rolle der Frau in der Gesellschaft sind die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern gravierend. So beträgt z. B. der Frauenanteil in der schwedischen Regierung 50%, beläuft sich in drei weiteren Ländern auf 40–45% und liegt in den meisten anderen Ländern bei unter 20%. Unter den Armen in Europa sind Frauen überrepräsentiert, und das Einkommen der Frauen beträgt durchschnittlich nur 60–70% vom Einkommen der Männer (EU 2002: 73).

⁹ Gegen Frauen gerichtete Gewalt stellt ein besonderes Problem für die öffentliche Gesundheit dar. In der Region insgesamt waren etwa 20–50% aller Frauen einer oder mehreren Formen von Missbrauch ausgesetzt. Gefahr droht Frauen und Kindern meist weniger durch fremde als durch ihnen bekannte Männer (Ehemann, Vater, Partner usw.). Viele dieser Gewalttaten werden nicht registriert, haben aber nachhaltige Auswirkungen auf Gesundheit und Entwicklung. Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen sind hier besonders gefährdet.

¹⁰ Er wird mit UNAIDS, UNFPA, UNHCR, UNICEF, ILO, der Europäischen Union und dem Europarat zusammenarbeiten, um die gesetzten Ziele zu erfüllen.

zielt, dagegen wurde nie eine eingehende Analyse des Zusammenhangs zwischen Geschlechtszugehörigkeit und Behandlung im Gesundheitssektor unternommen.“ (ebd. 58, 59).

Dementsprechend würden durch die Einbeziehung geschlechtsbezogener Aspekte in Forschungsprogramme und -initiativen sich Gesundheitsförderung und -schutz u. a. geschlechts-spezifischer und effizienter gestalten lassen.

Der ressourcenökonomische Ansatz spielt auch bei der Gesundheitsförderung eine Rolle, wenn beispielsweise die Weltbank proklamiert (vgl. ebd. 54), Investitionen in die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen seien ein Mittel, Armut abzubauen und anderen Gegebenheiten zu begegnen, die eine wirtschaftliche Weiterentwicklung und den Frieden gefährdeten.

Eine gendersensible Vorgehensweise in Politik und Wissenschaft lenkt nicht nur den Blick auf die Geschlechter, sondern ebenso auf die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen und ihre Lebensphasen. Es ist allgemein bekannt, dass mit zunehmendem Alter die Krankheitsanfälligkeit und damit auch die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen steigt. Bestimmte Erkrankungen treten im Alter häufiger oder überhaupt erst auf. So nehmen im bundesdeutschen Durchschnitt die Erkrankungen des Kreislaufsystems, des Bewegungsapparates und des Stoffwechsels im Alter zu. 1995 wies jede/r vierte über 64jährige behandlungsrelevante psychische Störungen auf, Frauen waren häufiger betroffen als Männer. Das Krebsrisiko steigt mit zunehmendem Alter ebenfalls überproportional an (vgl. www.gbe-bund.de). Frauen im Alter von 25-34 Jahren beanspruchen mehr Krankenhaustage als Männer im gleichen Alter. Die höhere Inanspruchnahme der Frauen in jüngeren Jahren hängt in erster Linie mit den durch Schwangerschaften und Geburten bedingten Krankenhausaufenthalten zusammen. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Zahl der in Anspruch genommenen Krankenhaustage mit zunehmendem Alter sowohl für Männer als auch für Frauen überproportional steigt.

Die gleiche Entwicklung wird auch bei gleichzeitiger Gliederung der Krankenhaustage nach Alter und Krankheitsarten bestätigt. Mehr als 40% aller Krankenhaustage entfallen auf die über 64jährigen. Dies gilt besonders für die kostenintensiven Erkrankungen des Kreislaufsystems. Hier beträgt dieser Anteil 66,2%. Im ambulanten Bereich und in der Arzneimittelversorgung verursachen Frauen durchweg höhere Ausgaben als Männer. Erst bei den über 74jährigen tritt der umgekehrte Fall auf. Im stationären Bereich liegen die Ausgaben für Männer bereits ab einem Alter von 45 Jahren über denen für Frauen. Interessant ist darüber hinaus der Vergleich, wie Frauen und Männer ihren Gesundheitszustand selbst einschätzen, gegenüber der tatsächlich ermittelten Gesundheitsquote (siehe Tabelle 4 und 5). Unter Vorbehalt der unterschiedlichen Erhebungsdaten lässt sich feststellen, dass beide Geschlechter sich weniger gesund fühlen, als sie statistisch registriert wurden.

Tabelle 4: Auswahl über den subjektiven Gesundheitszustand der Geschlechter 1998 in % (EIGENE DARSTELLUNG NACH STATISTISCHEM BUNDESAMT 2004: 11)

Alter in Jah- ren	Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes 1998 in % der Befragten							
	weiblich				männlich			
	ausgezeichnet/ sehr gut	gut	weniger schlecht	gut/ schlecht	ausgezeichnet/ sehr gut	gut	weniger schlecht	gut/ schlecht
18 – 79	17,5	62,8	19,7		23,2	60,6	16,1	

Tabelle 5: Auswahl über den tatsächlichen Gesundheitszustand der Geschlechter 2003 in % (EIGENE DARSTELLUNG NACH STATISTISCHEM BUNDESAMT 2004: 13, 14)

Gesundheitsquote 2003	gesund	krank oder unfallverletzt
Beide Geschlechter (alle Altersstufen)	88,8%	11,2%
Männer	89,4%	10,6%
Frauen	88,3%	11,7%

Bildung stellt ebenfalls eine wichtige *soziale* Ressource dar und ist ein Indikator für den Zugang und die Teilhabe an gesellschaftlichem Wohlstand und Einfluss. Auch für diesen Bereich legt das Statistische Bundesamt umfangreiches Datenmaterial vor (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2004: 121 ff.). Demnach verfügten die meisten Menschen in Deutschland 2003 über einen Hauptschulabschluss, gefolgt von der Fachhochschul- oder Hochschulreife. Nach Geschlecht aufgeschlüsselt ergibt sich ein leicht anderes Bild, denn nach dem Hauptschulabschluss haben die meisten Frauen die mittlere Reife oder einen vergleichbaren Abschluss absolviert, während die männlichen Qualifizierungen dem Gesamtergebnis entsprechen. Auch unter den Erwerbstätigen aufgeteilt nach Bildungsabschlüssen wird diese Verteilung bestätigt (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2004: 121). Dem Schul- folgt der berufliche Bildungsabschluss, der den Weg in das Erwerbsleben und die ökonomische Selbständigkeit vorbereitet. Die meisten Menschen verfügen über eine Lehr- oder Anlernausbildung und bilden den größten Teil der Erwerbstätigen, gefolgt von denjenigen ohne beruflichen Abschluss, in dem mehr Frauen als Männer vertreten sind (siehe Tabelle 6). Diese überwiegend niedrige Berufsqualifizierung trägt, neben anderen Faktoren wie z.B. Teilzeitarbeit, auch zu dem hohen Anteil von weiblichen Arbeitnehmerinnen in den unteren bis mittleren Lohngruppen bei, der häufig abhängig von Partner und/oder Staat ist. Auffallend ist darüber hinaus, dass Hochschulabsolventinnen wesentlich seltener promovieren als die männlichen Vertreter, womit der Karriereknick bei den Frauen erneut bestätigt wird (vgl. hierzu auch WELLER ET AL. 1999).

Tabelle 6: Auswahl an Strukturdaten über die beruflichen Bildungsabschlüsse im Mai 2003 in 1000 (EIGENE DARSTELLUNG NACH STATISTISCHEM BUNDESAMT 2004: 122)

	Ohne beruflichen Abschluss	Lehr-/Anlern-Ausbildung	Fachschulabschluss	Hochschulabschluss	Promotion
Insgesamt	18.423	33.639	4.015	3.758	853
Männlich	7.123	16.627	2.753	2.092	582
Weiblich	11.300	17.012	1.262	1.666	271
Darunter Erwerbspers.	6.955	21.708	2.936	3.003	676

In dem Gesundheit und Bildung als *soziale* Ressourcen betrachtet werden, unterliegen auch sie der ökonomischen Verwertungslogik und sind wichtige Faktoren für Produktivität und Wertschöpfung, denn gesunde und gebildete Menschen tragen zur Steigerung des Bruttosozialproduktes bei und belasten weniger die Staatskassen (vgl. Zitat Weltbank S. 16). Sie stellen also gesellschaftlich wertvolle Güter dar und passen gut in das utilitaristische *Ressourcennutzungseffizienz*-Schema.

Zeit als *soziale* Ressource bestimmt zu einem großen Maße gesellschaftliche Interaktionen und „bei der individuellen Zeitorganisation im Alltag ist das Geschlecht ein wichtiger sozialer Faktor“ (SCHLOTE 1996: 208). Sicher ist kein Satz so häufig in westlichen Ländern zu hören, wie „ich habe keine Zeit“. Der Logik eines ökonomischen Zeitbegriffes folgend, verbinden sich Zeit und Geld in einem Verhältnis „Zeit ist Geld“ (vgl. HOFMEISTER et al. 2002: 87). Geprägt von dieser ökonomischen Verwertbarkeit und den Rahmenbedingungen der Produktionsarbeit – wo aktuell wieder längere Arbeitszeiten von Seiten der Industrie gefordert werden – wird sie zu einer wertvollen *Ressource*, die möglichst optimal genutzt werden soll. Für die „Eigenzeiten“ (vgl. HOFMEISTER 1999) anderer Lebensbereiche und -phasen bleibt da wenig Raum, bzw. diese müssen sich den bezahlten Produktionszeiten unterordnen. Bisher hat kaum eine Form von (Erwerbs-)Arbeitszeitmodellen zu einer Aufweichung dieser Strukturen beigetragen. Vielmehr bedeutet Flexibilisierung „gerade nicht eine flexible zeitsouveräne Gestaltung von Arbeitszeiten seitens der Beschäftigten, sondern vielmehr eine flexible Anpassung der Frauen an die betrieblichen Notwendigkeiten und damit eine variable Anpassung der Familie und der Freizeit an das Unternehmen“ (ORTHEY, IN: ADAM/GEIBLER/HELD: 1998: 88). REISCH betont, wenn sozialen Zeiten, Muße, Krankheits- oder Trauerzeiten kein Eigenwert zugestanden werde, könnten sie als Rationalisierungsreserven betrachtet und beliebig beschnitten werden (vgl. REISCH, IN: HOFMEISTER/SPITZNER 1999: 142).

„Dies erhöht die Gefahr, Frauen in Zeiten ökonomischer Krisen in die stille Reserve abzurängen und entlastende sozialpolitische Fortschritte rückgängig zu machen. Frauen müssen einspringen, wenn der soziale Wohlfahrtsstaat die Leistungen für seine schwächsten Mitglieder nicht mehr erbringt“ (ebd. 148). Eine solche Entwicklung ist bereits im Zuge der Pflegeversicherung eingetreten, indem Pflegebedürftige von ihren (meist weiblichen) Angehörigen für eine geringe Entlohnung zu Hause anstatt in einem Heim von professionellem Personal gepflegt werden, ihre Zeit wird also mit einer Mehrfachbelastung konfrontiert und zu einer knappen *Ressource*, über die sie aufgrund des Netzes reproduktiver Verpflichtungen (Hausarbeit, Ernährung, Kinderpflege/-erziehung etc.) nicht mehr frei verfügen können. Ein Beispiel für die „Kolonisierung der Zeit“ und die „erwerbswirtschaftlichen Sachzwänge“ (WINTERFELD, MÜNDL. MITTEILUNG 01/05), die zu einem „Zeit-Macht-Gefüge“ führen (vgl. HOFMEISTER et al. 2002: 87) ist die sog. Umstrukturierung bei der deutschen Post: durch deren Personalabbau und Schließung etlicher Filialen kommt es zu wesentlich längeren Wartezeiten, wodurch die „Zeitsouveränität der Menschen angeknabbert“ wird (WINTERFELD, MÜNDL. MITTEILUNG 01/05). Dies geschieht wiederum über die Zeit der Frauen, die solche Erledigungen meist im Rahmen der anderen unentgeltlichen Reproduktionsarbeiten mit übernehmen. Die Auflösung der Grenzen zwischen Arbeit und Haushalt und der Trend zur Arbeitsverdichtung, zu größerer zeitlicher Unsicherheit und zu längeren Arbeitszeiten betreffe jedoch nicht nur die Frauen, sondern bei beiden Geschlechtern sei ein deutlichen Anstieg der auf Stress zurückzuführenden Krankheiten zu beobachten (vgl. SHAW, IN: ADAM/GEIBLER/HELD 1998).

Über den Umgang mit Zeit als sozialer *Ressource* hinaus gibt es auch eine Auseinandersetzung mit der „Ökologie der Zeit“ (vgl. z.B. HOFMEISTER et al. 2002, HELD/GEIBLER 1995), indem von den Rhythmen und Eigenzeiten der Natur ausgegangen wird, die die Grundlage alles Lebendigen darstellen und die insbesondere im Zuge der nachhaltigen Entwicklung in alltagsweltliche Strukturen mit einbezogen werden sollten (vgl. ebd.). Ein solcher umweltverträglicher Lebensstil ist allerdings „vielfach zeitintensiver als solche, die nach konventionellen Rationalitätsmustern organisiert sind“ (HOFMEISTER et al. 2002: 89) und belastet als „Feminisierung der Umweltverantwortung“ (vgl. z.B. Weller et al. 1999) wiederum das Zeitbudget der Frauen. REISCH fordert deshalb, dass „eine neue Zeitpolitik auf das Individuum zugeschnittene Kombinationen aus Erwerbsarbeitszeit, Familienzeit und Sozialzeit,

Freizeit und Bildungszeit ermöglichen und fördern muss. Zugleich muss der Staat in die Kompetenzen und das Humankapital seiner Bürgerinnen und Bürger investieren, um die Menschen zu einem bewussten Umgang mit der Zeit zu befähigen“ (REISCH, IN: HOFMEISTER/SPITZNER 1999: 145).

Zu 2.) Bewertung der Ressourcenthematik und ihrer Auswirkungen auf die Geschlechter

Noch vor zwanzig Jahren ausschließlich im Zusammenhang mit natürlichen Rohstoffen, Boden, Wasser und Luft verwendet, wird der Begriff *Ressourcen* mittlerweile – wie in Teil 1 dargestellt – in den unterschiedlichsten Kontexten als Synonym für Dienstleistungen, Qualifikationen und/oder Kapazitäten gebraucht. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit dem ökonomischen Wachstums-Postulat der freien Marktwirtschaft zu sehen, wofür immer wieder neue Märkte erschlossen werden müssen, so dass alle Bereiche, die ver- und bewertbar sind, zu Ressourcen wurden und werden. Genau an diesem Punkt zeigt sich die Problematik dieser Logik, denn „sie bildet nicht alles ab, wenn sie als Hauptblickpunkt verwendet wird“ (REISCH MÜNDL. MITTEILUNG 01/05), sondern indem Werte impliziert werden, entsteht ein „Hierarchienunterschied“ (ebd.) zwischen den verwertbaren und den nicht verwertbaren Ebenen zugunsten der definierten und positiv besetzten Ressourcen. Hierbei zeigen sich auch die Auswirkungen auf die Geschlechter, die unterschiedlich von der Ressourcenthematik betroffen sind. Ausgehend von der Frage, wer von der angestrebten *Ressourcennutzungseffizienz* profitiert, lässt sich feststellen, dass primär Produktionsseite und Technikentwicklung an einer gewinnbringenden Verwertung interessiert sind, sekundär gefolgt vom Interesse der ArbeitnehmerInnen nach einer abgesicherten Arbeitsplatzsituation sowie dem Nutzungsinteresse der VerbraucherInnen. Somit werden zum einen unterschiedliche Lebensbereiche mit verschiedenen Betroffenen-Gruppen berührt, andererseits findet sich ein Gender-Bias¹¹, indem z.B. Effizienz dem Produktiven(-Männlichen) und Suffizienz dem Reproduktiven(-Weiblichen) zugeordnet werden, weshalb die Ressourcenthematik deutliche Auswirkungen auf die Geschlechter impliziert. Wie unter 2.1.a-c) beispielhaft dargestellt, überwiegen bei den EntscheidungsträgerInnen und Besserverdienenden nach wie vor die Männer, was LUX für die Wasser- und Energieversorgungsunternehmen bestätigt (MÜNDL. MITTEILUNG 01/05). Ebenso ist die wissenschaftliche Seite der Ökonomie personell männlich dominiert, was insgesamt zu einer Vernachlässigung bzw. Ausblendung der Bereiche und Interessen führt, die außerhalb der Ressourcenproduktivität liegen – ökologisch z.B. die Natur als Ganzes und auf sozialer Ebene der bereits erwähnte Reproduktionsbereich, wo in der Mehrzahl Frauen betroffen sind. Da sie nicht in das Ressourcennutzungseffizienz-Schema passen, wird der Eigensinn einzelner Tätigkeiten, Zusammenhänge und Zeiten herabgestuft, indem beispielsweise keine entgeltliche Bezahlung erfolgt (wie für Haus- und Familienarbeit) oder Warnsymptome aus der Natur (wie die Klimaveränderungen) mit schwerwiegenden globalen Folgen weltpolitisch nicht so ernst genommen werden, dass sie sich gegen ökonomische Interessen durchsetzen. Letzteres hat insbesondere für die Menschen in den Ländern des Südens dramatische Auswirkungen, die bislang weltpolitisch aufgrund ihrer ökonomischen Abhängigkeiten vom Norden keine durchsetzungsfähige Lobby hatten.

Soziales und Natürliches haben demnach im Rahmen der *Ressourcenthematik* den Zusammenhang, dass „in sie hinein externalisiert wird“ (WINTERFELD MÜNDL. MITTEILUNG 01/05), indem sie zum einen als frei verfügbares *Ressourcenreservoir* dienen und zum anderen alle Auswirkungen der Ressourcennutzung mit zu tragen haben.

¹¹ Vgl. <http://www.gender-mainstreaming.net/gm/Wissensnetz/instrumente-und-arbeitshilfen>

Zu 3.) Gleichstellungs- und umweltpolitische Zielallianzen und -Divergenzen im Themenfeld Ressourcen

Zielallianzen:

Grundlegend gemeinsam ist Umwelt- und Gleichstellungspolitik die Auffassung, dass die Umwelt/Natur – die *natürlichen* Ressourcen – die Basis für alles Lebendige, einschließlich der menschlichen Kultur darstellt, so dass ihre Erhaltung und Schutz ein grundsätzliches politisches Ziel darstellt. Darüber hinaus werden von beiden Seiten Regionalität und Lokalität sowie die Berücksichtigung lebensweltlicher (Umwelt-)Zusammenhänge gefordert. Dies entspricht auch der Zielsetzung nach umweltschonendem und umweltbewusstem Verhalten aller Bevölkerungsgruppen und keiner weiteren Feminisierung der Umweltverantwortung. Gemeinsame Kritik wird daran geübt, als Verwertungsfaktor angesehen und ökonomisch bewertet zu werden, wenn nur die monetär verwertbaren Anteile (Erwerbsarbeitskraft, Bodenschätze) berücksichtigt werden, Eigenwert und -sinn hingegen ausgeblendet bleiben. Sowohl umwelt- als auch gleichstellungspolitische Ziele sind prozesshaft ausgerichtet, berücksichtigen die Zeitdimension und sind weniger zustandsorientiert.

Allerdings beinhalten auch beide Seiten die Gefahr der Stabilisierung diskursiver Normen durch Reproduktionen ungeliebter Konzepte, z.B. in dem die Verwertungslogik durch den auf allen Ebenen um sich greifenden Ressourcenbegriff manifestiert wird, so dass sich die Frage stellt, ob ein Zurückdrängen der „Ressourcisierung“ möglich ist.

Divergenzen:

Anhand der umweltpolitisch vorangetriebenen EU-Ressourcenstrategie wird sichtbar, dass die ökologische Krise im Vordergrund steht, ohne die reproduktive Krise, die ebenso Auswirkungen auf die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft hat, mitzudenken und einzubeziehen. Die natürlichen Ressourcen sind die Grundlage für die ökonomische Verwertung, von daher wird umweltpolitischen Forderungen eher Zugang zu ökonomischen Konzepten zugestanden, als gleichstellungspolitischen Zielsetzungen. Die klassische Naturschutzbewegung kann ebenso wie die Mainstream-Ökonomie als Männerdomäne bezeichnet werden – sowohl historisch in der Geschichtsschreibung als auch aktuell in der Anzahl seiner RepräsentantInnen. Darüber hinaus herrscht in konservativen Naturschutzkonzepten die (ökonomisch geprägte) Logik vor, dass das Objekt Natur gesteuert werden kann, in dem es gestaltet und/oder wieder hergestellt wird (sowohl in Bezug auf Natur- als auch Kulturlandschaften).

Der Feminismus hingegen wehrt sich gegen diese Dichotomisierung und den Objektstatus der Frauen als Ressource. Es wird vielmehr eine Neubewertung sozial weiblicher und sozial männlicher Ressourcen bzw. Fähigkeiten gefordert, u. a. durch die Partizipation der Männer an der Reproduktionsarbeit. Des weiteren ist der Gleichstellungs-/Genderdiskurs nach wie vor weiblich dominiert, wodurch z.T. unbewusste Reibungspunkte mit der (tendenziell) männlich geprägten Umweltpolitik entstehen.

Positionierung aus Genderperspektive

Im Rahmen dieser Arbeit kann aus Zeitgründen nur eine beispielhafte Positionierung aus Genderperspektive für das Themenfeld *Ressourcen* erfolgen. Die in den Kapiteln 1 und 2 dargestellte Auseinandersetzung hat gezeigt, dass die Einbeziehung der Meta-Ebene das der Thematik zugrunde liegende Verständnis verdeutlicht und eine Kritik an der konzeptionellen Anlage (der Dominanz der ökonomischen Verwertungslogik) notwendig ist. In diesem Sinne erfolgt hier exemplarisch die Stellungnahme in Bezug auf die EU-Ressourcenstrategie und das „nachhaltige Ressourcenmanagement“ von Müller-Christ, um abschließend den weiteren Handlungsbedarf im Themenfeld *Ressourcen und Gender* aufzuzeigen.

A. In Bezug auf die EU-Ressourcenstrategie

Die EU-Ressourcenstrategie bezieht sich auf die nachhaltige Nutzung der natürlichen *Ressourcen*, indem die Umweltauswirkungen minimiert und das Wirtschaftswachstum gesteigert werden sollen. Sie kann damit als ein Teil der Umsetzung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie angesehen werden, die neben der Verknüpfung Ökologie/Ökonomie auch soziale und kulturelle Bereiche sowie deren Wechselwirkungen untereinander und die Geschlechterperspektive mit einbezieht (vgl. EU 2001). „Nachhaltige Entwicklung muss zentrales Ziel aller Fachpolitiken und Maßnahmen werden. (...) Die sorgfältigen Überprüfungen der gesamten Effekte politischer Vorschläge müssen Annahmen über ihre ökonomischen, umweltbezogenen und sozialen Auswirkungen innerhalb und außerhalb der EU beinhalten. Dies betrifft auch, wo relevant, die Effekte auf Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit der Geschlechter“¹². Wie in der thematischen Ausarbeitung zu *Ressourcen und Gender* aufgezeigt, ist diese Relevanz der Effekte auf Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit der Geschlechter gegeben, denn auch bei der Nutzung der *natürlichen* Ressourcen muss gefragt werden:

- ◆ Wer hat Zugang zu den natürlichen Ressourcen ?
- ◆ Wer hat ein Nutzungsinteresse ?
- ◆ Wer profitiert von der Ressourcenverwertung ?
- ◆ Wer ist an den Entscheidungen über die Ressourcennutzung, -schutz und -zugang beteiligt ?
- ◆ Gibt es unterschiedliche Auswirkungen - z.B. korporaler, psycho-sozialer oder kultureller Art - auf verschiedene Gruppen durch die Nutzung der natürlichen Ressourcen ?

Bislang ist diese Vorgehensweise im Rahmen der EU-Ressourcenstrategie nicht vorgesehen, es wird in erster Linie von der Kopplung ökonomisch-ökologischer Faktoren im Sinne einer utilitaristischen Verwertungslogik ausgegangen. Die soziale Komponente spielt bei der Frage nach den „human Resources“ (siehe S. 3) eine Rolle, die im Rahmen des Online-Konsultationsprozesses abgefragt werden. Sowohl dieses Partizipationsinstrument als auch der dreistufige Ablauf der Umsetzung der Strategie – durch Sammlung von Wissen, Politikbewertung und Integration in andere Politikbereiche – bieten die Möglichkeit, die Berücksichtigung der Genderperspektive einzufordern. Dabei sollten sowohl die Gender Composition zur Ermittlung der quantitativen Beteiligung von Frauen und Männern, als auch die inhaltlichen Genderbezüge untersucht werden. Hierfür würde sich die Durchführung eines Gender Impact Assessment anbieten, das u. a. bereits auf EU-Ebene für das 5. Forschungsrahmenprogramm

¹² (vgl. www.genanet.de, Positionspapier zur Überarbeitung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie, zitiert nach EU 2001)

erfolgreich erprobt wurde (vgl. ISOE 2001). Ausgehend von der Zielsetzung einer nachhaltigen Gesellschaft, zu der die EU-Ressourcenstrategie ein Beitrag sein soll, würde die Einbeziehung der Genderdimension als Querschnittsaufgabe strukturelle Ungerechtigkeiten, Schieflagen in der Problempassung sowie den Bewältigungsansätzen aufdecken und zu einer gerechteren Weiterentwicklung maßgebender Schwerpunkte beitragen. Auch dabei sollte – wie bereits im Positionspapier für die Weiterentwicklung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie gefordert (vgl. Fußnote ¹⁰) – eine Auseinandersetzung mit den der Strategie zugrunde liegenden Grundkategorien über Wirtschaft, Arbeit und den damit verbundenen Wachstums- und Naturbegriffen stattfinden und diese in Richtung zukunftsfähiger, am Vorsorgeprinzip orientierter Inhalte weiter entwickelt werden.

B. In Bezug auf das „nachhaltige Ressourcenmanagement“ nach Müller-Christ

MÜLLER-CHRIST entwickelt mit dem nachhaltigen Ressourcenmanagement (vgl. MÜLLER-CHRIST 2001) die Modell-Annahmen der klassischen Ressourcenökonomie weiter und vollzieht einen Paradigmenwechsel, indem er im Sinne der nachhaltigen Entwicklung davon ausgeht, dass das Überleben der Unternehmen vom Überleben ihrer sozialen, ökologischen und ökonomischen Umwelten abhängt. Sie bilden gemeinsam eine Haushaltsgemeinschaft, in deren Ressourcenreproduktion aktiv investiert werden muss. Hierbei werden Ressourcen nicht als isolierte Potenziale zur Nutzenmaximierung gesehen, sondern als wichtige Bestandteile mit eigenem Wert in einer sich gegenseitig beeinflussenden Haushaltsgemeinschaft. Dabei erwähnt er nur als einen Stichpunkt die Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit, die jedoch im Modell des „Vorsorgenden Wirtschaftens“ und der „Haushaltsökonomie“ (vgl. z.B. BIESECKER 1997 sowie BIESECKER; REISCH, IN: HOFMEISTER ET AL. 2003) – auf die er sich z.T. bezieht – zentraler Bestandteil sind. Der Wirtschaftswissenschaftler MÜLLER-CHRIST bleibt mit seinem Ansatz einerseits zwar innerhalb der ökonomischen Verwertungslogik, zum anderen betont er aber auch den gleich zu gewichtenden Eigenwert aller beteiligten sozialen, ökologischen und ökonomischen Ressourcen, wodurch insbesondere die Natur als Ganzes, Zeit, Gesundheit, Bildung, Erwerbs- und Reproduktionsarbeit usw. in den Blick geraten. Dementsprechend ist es aus Genderperspektive notwendig, diese grundsätzlich beinhalteten positiven Ansätze aus dem nachhaltigen Ressourcenmanagement aufzugreifen, zu konkretisieren und weiter zu entwickeln (siehe auch nächster Abschnitt C1.).

C. Handlungsbedarf im Themenfeld Ressourcen und Gender

Diese Ausarbeitung hat aufgezeigt, dass die Auseinandersetzung mit Ressourcen sowie *Ressourcen und Gender* ein vielschichtiges Themenfeld ist, dessen tiefer gehende Untersuchung sowohl auf wissenschaftlicher als auch politischer Ebene notwendig ist. Zunächst einmal sollte empirisch belegt werden, wer und was in welchem Ausmaß zur Ressource gemacht wird und welche „Gender Impacts“¹³ (vgl. FISCHER ET AL. 2003) dabei enthalten sind. Des Weiteren sind verschiedene Vorgehensweisen denkbar:

1. Im Rahmen der neoklassischen „Mainstream-Ökonomie“ (REISCH Mündl. Mitteilung 01/05) von innen herauszuarbeiten, wo die Knackpunkte liegen und welche geschlechtsspezifischen Auswirkungen die Dominanz der *Ressourcenökonomie* beinhaltet. Dies würde den Vorschlägen von LUX entspre-

¹³ Aufgrund der unterstellten Geschlechtsneutralität von Politik und Wissenschaft vielfach unbewusst und eingefahrene sowie unintendiert und unvorhersehbare, aber folgenreiche und nicht selten negative Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse einer Gesellschaft sowie auf Frauen und Männer.

chen, die Handlungsbedarf auf verschiedenen Ebenen sieht: Auf Seiten der Ressourcenökonomie könnte eine „differenzierte Auseinandersetzung mit den NutzerInnen“ (LUX Mündl. Mitteilung 01/05) das vorherrschende neoklassische ökonomische Modell erweitern und damit Gender berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollte in Bezug auf die *natürlichen* Ressourcen eine „systematische Aufarbeitung von Gender Composition und geschlechtlichen Zuweisungen“ (ebd.) stattfinden, denn bislang könnten für Deutschland z.B. keine statistischen Angaben darüber gemacht werden, ob die zur Verfügung stehenden *natürlichen* Ressourcen allen gleich zugänglich sind bzw. inwiefern sich die Möglichkeiten zur Teilhabe an Entscheidungsprozessen (z.B. über Veränderungen in der Wasserversorgung) geschlechtsspezifisch unterscheiden. Es könnten höchstens Fallbeispiele auf Unternehmensebene über deren interne Infrastrukturdaten dargestellt werden. Auf der Ebene der *sozialen* Ressourcen wäre es notwendig, „Gender als bereits anerkanntes Kriterium systematisch zu erfassen und damit den Anschluss an die Genderforschung herzustellen“ (ebd.). In diesem Sinne könnten Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der EU-Ressourcenstrategie unter Berücksichtigung der Genderperspektive erarbeitet werden, indem ein „Gender Impact Assessment“¹⁴ (vgl. z.B. ISOE 2001, FISCHER ET AL. 2003) der vorliegenden Strategie durchgeführt wird.

Für REISCH liegt der Handlungsbedarf vor allem in der Auseinandersetzung mit der Ressource *Zeit*, die „in viele Richtungen ausstrahlt“ (REISCH Mündl. Mitteilung 01/05). So würden genderspezifische Schwerpunkte u.a. in den Bereichen formelle und informelle Arbeitszeit sowie Versorgung und Ernährung liegen, denen sowohl politisch als auch wissenschaftlich mehr Aufmerksamkeit zukommen sollte.

2. Die Analyse vom Standpunkt außerhalb der Ressourcenökonomie, um Wege anderer Logiken aufzuzeigen. Hierbei könnte wiederum ein interessanter Diskurs entstehen zwischen dem Ansatz, den Begriff Ressourcen hervor zu heben und damit zu arbeiten und der Gegenthese, dass diese „alles ist Ressource-Entwicklung“ rückgängig gemacht werden könnte.

Mit dem Begriff „Ressourcisierung“ hat WINTERFELD bereits den erst genannten Diskussionsstrang eröffnet, der kritisiert, dass zunehmend immer mehr Lebensbereiche im Sinne ökonomischer Verwertbarkeit zu Ressourcen erklärt werden. Dementsprechend sieht sie wissenschaftlichen Handlungsbedarf darin zu untersuchen, welche „anderen Zugänge von der Rationalität her, bzw. welche anderen Logiken es gibt und wie man diese stärken kann“ (WINTERFELD Mündl. Mitteilung 01/05). Auf politischer Ebene fragt sie nach Möglichkeiten eines „Schutzrechtes vor Ressourcisierung“ sowie eines „Externalisierungsverbotes“ (ebd.).

SCHULTZ hingegen plädiert zum einen dafür, die im Themenfeld Ressourcen implizierten „Übertragungen und Symbolisierungen heraus zu arbeiten“ (SCHULTZ Mündl. Mitteilung 01/05). Andererseits sollte der Umgang mit dem Begriff Ressourcen „auf seine disziplinären Ursprünge zurück geführt werden, um nicht einer „Ressourcisierung“ Vorschub zu leisten, sondern diese eher klein zu machen“ (ebd.) und zurück zu drängen.

Abschließend lässt sich feststellen, dass Bedarf für ausführlichere Analysen und Diskussionen dieses hoch interessanten Themenfeldes besteht und tiefer gehende Erkenntnisse im Rahmen weiterer Studien bzw. eines Forschungsprojektes gewonnen werden könnten.

¹⁴ Instrument in Anlehnung an die „Umweltverträglichkeitsprüfung“ zur Untersuchung der Auswirkungen einer Maßnahme auf die Geschlechter.

ANHANG

Literaturliste, Quellenverzeichnis (kommentiert)

Adam, Barbara; Geißler, Karlheinz A.; Held, Martin (Hrsg.) (1998): Die Nonstop-Gesellschaft und ihr Preis. Stuttgart.

Bartelmus, Peter (Hrsg.) (2001): Wohlstand entschleiern. Über Geld, Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit. Stuttgart.

Kurzweilige Zusammenfassung einer interdisziplinären Tagung, bei der Konzepte vorgestellt und diskutiert wurden, die die Nachhaltigkeit von Wachstum und Entwicklung sichern sollen, insbesondere anhand von Indikatoren zur Nachhaltigkeitsmessung.

Bleischwitz, Raimund (1998): Ressourcenproduktivität - Innovationen für Umwelt und Beschäftigung. Berlin, Heidelberg, New York.

Ökonomischer Ansatz entwickelt aus der Ressourcenökonomie zur Verknüpfung von Umweltschutz und Wertschöpfungssteigerung in Form von optimaler Ressourceneffizienz, kurz Ressourcenproduktivität.

Biesecker, Adelheid (1997): Vom Eigennutz zur Vorsorge. Über sozial-ökologische Grundlagen einer feministischen Ökonomik. Bremer Diskussionspapiere zur institutionellen Ökonomie und Sozialökonomie, Bremen.

Brand, Karl-Werner (Hrsg.) (1997): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen.

Bringezu, Stefan (2000): Ressourcennutzung in Wirtschaftsräumen. Stoffstromanalysen für eine nachhaltige Raumentwicklung. Berlin, Heidelberg, New York.

Nach dem Prinzip der Ressourcennutzungseffizienz werden Raumbezogene Stoffstromanalysen für natürliche Ressourcen erstellt. Dies entspricht einem Schwerpunkt des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Entwicklung, bei dem Herr Bringezu arbeitet.

Bringezu, Stefan (2004): Erdlandung. Navigation zu den Ressourcen der Zukunft. Stuttgart.

Sehr ansprechender Ansatz, davon auszugehen, dass die Menschen nicht auf Mars oder Mond, sondern der Erde landen und planvoll nachhaltig mit den vorhandenen ökologischen, sozialen und ökonomischen Ressourcen umgehen. In dem Buch stellt der Autor zunächst die gegenwärtigen Probleme der Ressourcennutzung dar, zeichnet dann die wissenschaftliche und politische Entwicklung zum Systemdenken anhand von (nationaler) Stoffstrombilanzierung und Nachhaltigkeitsstrategie nach, um anschließend auf globaler Ebene den Stoffwechsel zwischen verschiedenen Länder zu vergleichen. Er kommt schließlich zur Darstellung von der Vision eines globalen Fließgleichgewichts und erläutert im 8. (und letzten) Kapitel konkrete wissenschaftliche, wirtschaftliche und politische Maßnahmen, um diese Haushaltsgemeinschaft näher umzusetzen.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2003): Sozial-Ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt. München.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMFSFJ (1997): Nationale Strategien zur Umsetzung der Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz. Bonn.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit BMU (o.J.): Umweltpolitik Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro - Dokumente. Bonn.

Die Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (2000): Umweltgutachten 2000. Schritte ins nächste Jahrtausend. Stuttgart.

Endres, Alfred; Querner, Immo (2000): Die Ökonomie natürlicher Ressourcen. Stuttgart, Köln, Berlin.

Feministische Studien, Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (2004): inszeniert, konstruiert, imaginiert. 22. Jahrgang, Mai 2004, Nr. 1. Stuttgart.

Fischer, Karin; Hayn, Doris; Schultz, Irmgard; Weller, Ines (2003): Gender Impact Assessment der Angewandten Umweltforschung Bremen. Forschungsbericht veröffentlicht unter www.iso.de. Frankfurt/Main.

Flitner, Michael; Görg, Christof; Heins, Volker (Hrsg.) (1998): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik. Opladen.

Internationale Beiträge aus ökonomisch-technischer, politischer, rechtlicher und sozialer Sicht zur Diskussion um den Zugang und die Nutzung von biologischen, insbesondere genetischen Ressourcen (bis hin zu Konflikten um Körpergewebe im Zeitalter der Biotechnologie) im Spannungsfeld globalisierter Interessen und Politik.

Forum Umwelt und Entwicklung (1997): Fünf Jahre nach dem Erdgipfel. Stand der Umsetzung der Frauenforderungen der Agenda 21 in der BRD. Bonn

Fritz, Peter; Huber, Joseph; Levi, Hans Wolfgang (Hrsg.) (1995): Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Stuttgart.

Grunenberg, Heiko; Kuckartz, Udo (2003): Umweltbewusstsein im Wandel. Ergebnisse der UBA-Studie Umweltbewusstsein in Deutschland 2002. Opladen.

Hayn, Doris; Cenani, Danijela; Schultz, Irmgard (2003): Nutzung und Marketing des Umweltinformationsgesetzes UIG. Ergebnisse einer Recherche im Rahmen des Projektes „Wissenschaftliche Begleitung zur Einführung des Gender Mainstreaming in die Regelpraxis des BMU“. Frankfurt/Main.

Hofmeister, Sabine; Spitzner, Meike (Hrsg.) (1999): Zeit-Landschaften. Perspektiven öko-sozialer Zeitpolitik.

Interdisziplinäre Beiträge aus feministischer Sicht zur Notwendigkeit des öko-sozialen Umbaus der Gesellschaft mit dem Schwerpunkt einer Zeitpolitik, die die Herrschaftlichkeit in sozialen Geschlechter- und Zeitverhältnissen abbaut. Dieses Buch bietet einen guten Überblick über den derzeitigen Stellenwert unserer Zeit-Ressourcen aus ökologischer, ökonomischer, sozialwissenschaftlicher und raumplanerischer Perspektive und zeigt anschaulich beschrieben auf, was sich ändern muss, damit die sozialen im Einklang mit den ökologischen Zeiten dafür sorgen, dass die Ressourcenvielfalt auf unserem Planeten erhalten bleibt.

Hofmeister, Sabine; Karsten, Maria-Eleonora; Weller, Ines; Brinkmann, Verena; Kägi, Sylvia; Katz, Christine; Mölders, Tanja; Thiem, Anja (2002): Dokumentation zum aktuellen Stand von Forschung und Diskussion zum Thema ‚Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit‘. Berlin.

Hofmeister, Sabine; Mölders, Tanja; Karsten, Maria-Eleonora (Hrsg.) (2002): Zwischentöne gestalten: Dialoge zur Verbindung von Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit. Bielefeld.

Veröffentlichung der interdisziplinären Beiträge zur Ringvorlesung „Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit“ an der Universität Lüneburg. Das Besondere und sehr Interessante dabei ist die dialogische Form, indem jeweils zwei Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Disziplinen ein Thema aus ihrer Perspektive beleuchten und in einen Dialog darüber eintreten, so dass „Zwischentöne“ entstehen. Und dies im Sinne des Titels sehr breit gefächert: von Wirtschaften über Konsumieren, Umgang mit Raum und Zeit bis hin zu Partizipation.

Hoppe, Hella (2002): Feministische Ökonomik. Gender in Wirtschaftstheorien und ihren Methoden. Berlin.

Die Autorin gibt in ihrer Dissertation zunächst einen Überblick auf die Diskussion zur feministischen Ökonomik im angloamerikanischen Raum und verfolgt darüber hinaus die Frage, wie Frauen und Frauenarbeit – als Erwerbs- und häusliche Arbeit – als Elemente wirtschaftlicher Prozesse Eingang in ökonomische Modelle auch im deutschsprachigen Raum finden können. Sie setzt sich mit der feministischen Wissenschaftsfrage auseinander, die reflektiert, in welcher Weise sich genderspezifische Wertvorstellungen auf die (wirtschafts-)wissenschaftliche Theoriebildung und Methodenentwicklung auswirken. Dabei werden die Konflikte für eine zukünftige feministische Ökonomik verdeutlicht, sich entweder in die heterogenen Wirtschaftstheorien aufzuspalten oder unter einem Dach Pluralität alternativer Ansätze zu zulassen, um über einen feministischen Zugang eine umfassende Ökonomik zu erreichen, die die ganze Realität erfasst und erklärt.

Institut für sozial-ökologische Forschung ISOE (2001): Research on Gender, the Environment and Sustainable Development. Studies on Gender Impact of the Programme of the 5th Framework Programme for Research, Technological Development and Demonstration. Frankfurt/M.

Janser, Daniela (2004): Genderstreit – eine Polemik. Diskussionsveranstaltung am Institut für Theorie der Gestaltung und Kunst in Zürich, 20. Oktober 2003. In: Feministische Studien, Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung: inszeniert, konstruiert, imaginiert. 22. Jahrgang, Mai 2004, Nr. 1. S. 118-119. Stuttgart.

Jungkeit, Renate; Katz, Christine; Weber, Ivana; Winterfeld v., Uta (2001): Natur – Wissenschaft – Nachhaltigkeit. Die Bedeutung ökologischer Wissenschaften im Nachhaltigkeitsdiskurs sowie deren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Natur- und Geschlechtervorstellungen. Wuppertal.

Katz, Christine; Müller, Christa; Winterfeld v., Uta (2004): Globalisierung und gesellschaftliche Naturverhältnisse. In: Wuppertal Institut zur Globalisierung. Wuppertal.

Kluge, Friedrich (1995): Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. 23. erweiterte Auflage. Berlin.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften KOM(2003): Mitteilung der Kommission an den Rat und das europäische Parlament – Entwicklung einer thematischen Strategie für die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen. Brüssel.

Kopfmüller, Jürgen (Hrsg.) (2003): Den globalen Wandel gestalten. Forschung und Politik für einen nachhaltigen globalen Wandel. Berlin.

Lemke, Thomas (2004): Die Gene der Frau – Humangenetik als Arena der Geschlechterpolitik. In: Feministische Studien, Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung: inszeniert, konstruiert, imaginiert. 22. Jahrgang, Mai 2004, Nr. 1. S. 22-38. Stuttgart.

Mainzer, Klaus (2002): Zeit – Von der Urzeit zur Computerzeit. München.

Matschonat, Gunda; Gerber, Alexander (Hrsg.) (2003): Wissenschaftstheoretische Perspektiven für die Umweltwissenschaften. Weikersheim.

Müller-Christ, Georg (2001): Nachhaltiges Ressourcenmanagement. Eine wirtschaftsökologische Fundierung. Marburg.

Der Titel entspricht dem 430 Seiten starken Buch, das fundiert ein nachhaltiges Ressourcenmanagement herleitet. Dieses Buch unterscheidet sich deutlich von der überwiegenden Literatur zur Ressourcenökonomie, denn Müller-Christ vollzieht einen Paradigmenwechsel, indem er im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung davon ausgeht, dass das Überleben der Unternehmen vom Überleben ihrer sozialen, ökologischen und ökonomischen Umwelten abhängt. Sie bilden gemeinsam eine Haushaltsgemeinschaft, in deren Ressourcenreproduktion aktiv investiert werden muss.

Zunächst wird das ökologische, ökonomische und soziale Verständnis von Nachhaltigkeit für ein strategisches Management erschlossen, im zweiten Teil erfolgt eine Bestandsaufnahme der Aussagen zum Ressourcenumgang in den verschiedenen Bereichen der gegenwärtigen Managementlehre, um im dritten Abschnitt die Bausteine einer wirtschaftsökologischen Theorie der Unternehmung zusammen zu tragen, die das Modell von Haushaltsgemeinschaften zum Gestaltungsziel hat. In Teil D erfolgt schließlich die Darstellung der praktischen Implikationen für ein nachhaltiges Ressourcenmanagement, indem auf die betriebswirtschaftlichen Bausteine Managementprozess, Handlungsautonomie, Kooperationen und Netzwerke, Controlling, strategische Ressourcenanalyse bis hin zum Sustainability-Reporting eingegangen wird, so dass ein Unternehmen direkt in die praktische Umsetzung des nachhaltigen Ressourcenmanagements starten könnte.

Orland, Barbara; Scheich, Elvira (Hrsg.) (1995): Das Geschlecht der Natur. Frankfurt/Main.

Ritter, Markus; Biber-Klemm, Susette; Ickstadt, Katja; Kocher Schmid, Christin; Stettler, Niklaus (1995): Gesellschaftliche Wahrnehmung, Bewertung und Umsetzung von Biodiversität. In: GAIA 4 (1995) No. 4, S. 250-260. Schweiz.

Sachs, Wolfgang (2002): Nach uns die Zukunft. Der Globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie. Frankfurt/M.

Schäfer, Martina; Schön, Susanne (2000): Nachhaltigkeit als Projekt der Moderne. Skizzen und Widersprüche eines zukunftsfähigen Gesellschaftsmodells. Berlin.

Schiebinger, Londa (2000): Frauen forschen anders. Wie weiblich ist die Wissenschaft? München.
Die Autorin analysiert auf Grundlage der feministischen Wissenschaftskritik, dass scheinbar „neutrale“ naturwissenschaftliche Fragestellungen deutlich Genderimplikationen aufweisen und zeigt an konkreten Fällen, wie Frauen in den letzten Jahrzehnten die Medizin, Primatologie, Archäologie, Biologie, Mathematik und Physik verändert haben. Dabei widerlegt sie den Mythos, dass sich Frauen ganzheitlicher, integrativer und kooperativer im Wissenschaftsbetrieb verhalten, sondern verdeutlicht, dass nur das Offenlegen und Sichtbarmachen der unterschiedlichen Erwartungshorizonte von Männern und Frauen zu einer Forschung führen kann, die das Wissen bereichert.

Schlote, Axel (1996): Widersprüche sozialer Zeit. Zeitorganisation im Alltag zwischen Herrschaft und Freiheit. Opladen.

Schultz, Irmgard (2003): Geschlechterperspektiven im Verbraucherschutz – Noch weit vom Mainstream entfernt. In: Ökologisches Wirtschaften 3-4/2003: 20-21. München.

Statistisches Bundesamt (2004): Statistisches Jahrbuch 2004. Wiesbaden.

Weller, Ines; Hoffmann, Esther; Hofmeister, Sabine (1999): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – alte Blockaden. Bielefeld.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU (2000): Welt im Wandel. Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biosphäre. Berlin, Heidelberg, New York.

Wolters, Gereon (1995): „Rio“ oder die moralische Verpflichtung zum Erhalt der natürlichen Vielfalt – Zur Kritik einer natürlichen Vielfalt. In: GAIA 4 (1995) No. 4, S. 244-249. Schweiz.

Umweltbundesamt (Hrsg.) (1998): Nachhaltiges Deutschland. Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. 2. Auflage. Berlin.

Umweltbundesamt (Hrsg.) (1999): Ökologische Steuerreform. Wie die Steuerpolitik Umwelt und Marktwirtschaft versöhnen kann.

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2000): Ziele für die Umweltqualität – Eine Bestandsaufnahme. Berlin.

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2002): UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung: Analyse der Folgen des Geschlechterrollenwandels für Umweltbewusstsein und Umweltverhalten. Berlin.

<http://www.geroweb.de>: Dritter Altenbericht der Bundesregierung - geroweb 2004.

Hier wird insbesondere auf Gesundheit und das Versorgungssystem als Ressource eingegangen, die beispielsweise durch Ressourcen des Alters in Form von Engagement älterer Menschen in sozialen Beziehungen und für die Gesellschaft gestärkt werden könnten. Das heißt auch hier bilden der Nutzungsgedanke und die Funktionalisierung von Potenzialen die Definition von Ressourcen.

<http://www.europa.eu.int/comm/environment/natres/form.htm>

Internetseite zur EU-Ressourcenstrategie, aktuell ist hier ein Online-Konsultationsprozess eingerichtet.

<http://www.bildungsserver.de/db>

Umfassendes Fachinformationssystem zum Themenbereich Bildung. Auf der nach Bildungs- und Schulformen eingeteilten Informationsplattform können zu den einzelnen Fachgebieten (wie z.B. Bildungswesen allgemein oder Weiterbildung etc.) Hintergrundinformationen (z.B. Bildungssysteme, -planung, -recht, -ökonomie etc.) herunter geladen werden.

<http://www.gender-mainstreaming.net/gm/Wissensnetz/instrumente-und-arbeitshilfen>

Internetseite vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur konkreten Unterstützung der Implementierung von Gender Mainstreaming in Organisationen anhand von verschiedenen Instrumenten und Arbeitshilfen.

<http://www.gps.uni-hannover.de/ipw/ressourc.htm>

Online zur Verfügung stehende Informationsquellen (Ressourcen) des Instituts für politische Wissenschaft der Universität Hannover.

<http://www.sozionet.org/klassifikation.xml>

Fachportal Sozialwissenschaften der Technischen Universität Darmstadt bei dem Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und allen Interessierten ein bequemer und schneller Zugriff auf verteilte Ressourcen von universitären und außeruniversitären Einrichtungen geboten werden soll. SozioNet wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

<http://www.vibsoz.de>, www.gesis.org/information/index.htm

Virtuelle Fachbibliothek Sozialwissenschaften die den Zugang zu fachlich relevanten, sowohl elektronischen als auch konventionellen Informationsquellen aus allen Teildisziplinen der Sozialwissenschaften sowie zu ausgewählten Themengebieten ermöglicht.

http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gender/gender_de.pdf

EU-Leitfaden zur Bewertung geschlechtsspezifischer Auswirkungen.

Telefon-Interviews:

Günther, Regine (WWF, Berlin), 25.11.04

Knirsch, Jürgen (Greenpeace Hamburg), 26.11.04

Lux, Alexandra (Institut für Sozial-ökologische Forschung), 19.01.05

Meier, Jürgen (Forum Umwelt und Entwicklung), 24.11.04

Reisch, Dr. Lucia (Universität Hohenheim), 10.01.05

Schultz, Dr., Irmgard (Institut für Sozial-ökologische Forschung), 19.01.05

Winterfeld v., Prof. Dr., Uta (Wuppertal Institut), 12.01.05

Befragung per Email:

Bringezu Dr., Stefan (Wuppertal Institut), 26.11.04

Winker, Prof. Dr., Gabriele (Technische Universität Hamburg Harburg), 11./12.01.05

Medien:

Schlosser, Prof. Dr. Horst Dieter (Universität Frankfurt und Jurymitglied bei der Wahl zum „Unwort des Jahres“), *tagesthemen* 18.01.05

ExpertInnen und Organisationen zum Themenbereich

A. Ressourcen in der politischen Diskussion

Bringezu Dr., Stefan – Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, Stoffströme und Ressourcenmanagement

EU-Kommission – <http://www.europa.eu.int/comm/environment/natres/index.htm>

European Topic Centre on Waste and Material Flows – <http://waste.eionet.eu.int/>

Meier, Jürgen – Forum Umwelt und Entwicklung

B. Ressourcen in der wissenschaftlichen Diskussion

Bleischwitz, Dr., Raimund – Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, Stoffströme und Ressourcenmanagement

Müller-Christ Prof. Dr., Georg - Universität Bremen, nachhaltiges Ressourcenmanagement

C. Ressourcen und Gender

Biesecker, Prof. Dr., Adelheid – Universität Bremen, Institut für Institutionelle und Sozialökonomie

Hofmeister, Prof. Dr., Sabine – Universität Lüneburg, Institut für Umweltplanung

Krell, Prof. Dr. Gertraude – Freie Universität Berlin, Professur für Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Personalpolitik insbesondere Managing Diversity, Gender Mainstreaming, Arbeits- und Leistungsbewertung

Lux, Alexandra – Institut für Sozial-ökologische Forschung ISOE, Frankfurt/M., Versorgungssysteme, Ressourcenökonomie (Wasserökonomie)

Reisch, Dr., Lucia – Universität Hohenheim, Dozentin für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik

Schäfer, Dr. Dr., Martina – Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft

Schultz, Dr., Irmgard – Institut für Sozial-ökologische Forschung ISOE, Frankfurt/M., Gender und Environment

Spitzner, Meike – Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, Forschungsgruppe „Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik“

Stiegler, Barbara – Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Weller, PD Dr. Ines – Universität Bremen, Forschungszentrum Nachhaltigkeit ARTEC und Zentrum für feministische Studien/Gender Studies

Wichterich, Dr., Christa – Soziologin, freiberufliche Publizistin, Buchautorin, Lehrbeauftragte an Universitäten Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit

Winker, Prof. Dr., Gabriele – Technische Universität Hamburg-Harburg, Arbeitsgruppe Arbeit, Gender und Technik

Winterfeld v., Dr., Uta – Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, Forschungsgruppe "Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren"